

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbezug für den Auslandabonnent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Kassenabgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Ball und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Leserbriefe“, „Blick in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampfbroschüre 60 Pfennig, Reichweite 6.— Reichswahl. „Kleine Ausgaben“ des Vorwärts Blatt 25 Pfennig (täglich zum festgesetzten Preise), jedes weitere Blatt 15 Pfennig, Stempelgebühr des ersten Blattes 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig, Blatt über 15 Buchstaben zahlen für zwei Blätter. Arbeitsmarkt Seite 66 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentags, von 9½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37238. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Wahlen in Sachsen.

Der Staatsgerichtshof erklärt die Wahlen vom 31. Oktober 1926 für ungültig.

Leipzig, 22. März. (Eigenbericht.)

In dem verfassungsrechtlichen Streit zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des Sächsischen Landtages und dem Lande Sachsen wegen der Ungültigkeit der Wahlen zum Sächsischen Landtag wurde am Freitag vor dem Staatsgerichtshof unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Simons folgendes Urteil gefällt:

„Die Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 ist ungültig. Die Regierung wird verpflichtet, so vorzuziehende Neuwahlen vorzunehmen.“

Als voraussichtlicher Wahltermin wird der 12. Mai genannt.

Die Wahlen zum Sächsischen Landtag fanden am 31. Oktober 1926 statt. Wenige Tage vorher, am 5. Oktober, wurde von der sächsischen Regierung ein neues Wahlgesetz in Kraft gesetzt. In § 14 Abs. 8 besagt dieses Gesetz, daß die Einreichung einer Liste von der Hinterlegung einer Summe von 3000 Mark abhängig zu machen sei. Diese Summe soll bei der Wahl eines Kandidaten zurückgezahlt werden. Auf Grund dieser Bestimmung reichte die sächsische Sozialdemokratie beim Staatsgerichtshof folgende Anträge ein: „1. Der Staatsgerichtshof wolle beschließen, daß § 14 Abs. 8 des sächsischen Wahlgesetzes gegen die Reichsverfassung verstoße; 2. die Wahlen des Sächsischen Landtages vom 31. Oktober 1926 sind ungültig. Der Landtag wird aufgelöst, die Regierung hat sofort Neuwahlen auszusprechen.“ Das Land Sachsen beantragte dagegen die Anträge als unzulässig zu verwerfen.

Dem ersten Antrag der SPD., daß der § 14 Abs. 8 des sächsischen Landtagswahlgesetzes gegen die Reichsverfassung verstoße, entsprach das Reichsgericht bereits am 23. November 1928. Am Freitag stand deshalb nur der zweite Antrag zur Verhandlung. Während die sächsische Regierung den Standpunkt vertreten ließ, daß der Landtag allein über die Gültigkeit der Wahlen zu entscheiden habe, behauptet die SPD., daß die Zuständigkeit des Landtages für eine Auflösung nicht in Betracht kommen könne, und nur der Staatsgerichtshof darüber zu entscheiden hat.

In der Urteilsbegründung des Staatsgerichtshofs heißt es: „Der Landtag ist in fehlerhafter Weise ins Leben getreten, aber solange er am Leben blieb, ist seine Tätigkeit in Ordnung. Wenn also gesagt worden ist, daß die Wahlen ungültig seien, so soll das nicht heißen, daß alles, was entstanden ist, durch diesen Landtag ungültig sei, sondern nur, daß der Rechtsbestand nicht dauern kann, sobald durch Richterspruch die Ungültigkeit festgestellt ist. Daraus folgt, daß die Regierung in Sachsen verpflichtet ist, neue Wahlen in Sachsen herbeizuführen.“

Die letzte Landtagswahl in Sachsen fand am 31. Oktober 1926 statt. Sie erfolgte in einer Zeit der wirtschaftlichen

Depression und der Massenarbeitslosigkeit. Das Ergebnis zeigte eine völlige Zerspaltung des Bürgertums, das Vordringen des unpolitischen Interessentenstandpunktes, das namentlich in der Stärkung der Wirtschaftspartei zum Ausdruck kam. Die Sozialdemokratie litt unter der Abspaltung der Altsozialisten. Die Neuwahlen zum Reichstag im Jahre 1928 haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung wieder verfestigt hat — die bürgerliche Zerspaltung aber ist geblieben. Ueber die Wahlziffern von 1926 und 1928 unterrichtet die folgende Tabelle:

	Landtagswahl 31. Okt. 26	Reichstagswahl 29. Okt. 28
Sozialdemokraten	758 142	999 421
Kommunisten	342 112	381 568
Deutschnationale	341 065	382 068
Deutsche Volkspartei	292 079	316 017
Wirtschaftspartei	237 462	232 032
Demokraten	111 351	142 844
Aufwertungspartei	98 258	87 545
Alte Sozialdemokr. Partei	98 026	34 768
Rationalsozialisten	37 736	74 343

Das Ergebnis der Landtagswahl von 1926 machte die Regierungsbildung äußerst schwierig. Die vier altsozialistischen Abgeordneten gaben den Ausschlag. Es wurde zunächst eine Regierung gebildet, in der unter dem altsozialistischen Ministerpräsidenten Heide noch ein Altsozialist, ein Demokrat, zwei Volksparteiler und zwei Wirtschaftsparteiler vertreten waren. Diese Regierung verfügte nur über 31 Mandate von 96, sie war gegenüber der sozialdemokratischen und kommunistischen Opposition, die zusammen 45 Stimmen führte, auf die Gnade der Deutschnationalen und der Aufwertungspartei angewiesen.

Im Juni 1927 erzwangen die Deutschnationalen die Umbildung der Regierung. Die Altsozialisten, die den Ausschlag gaben, schredten vor Neuwahlen zurück; es wurde ein Kabinett von den Altsozialisten bis zu den Deutschnationalen unter Zugliederung der Aufwertungspartei gebildet.

Diese Regierung hat keine einheitliche Politik geführt — jeder Minister tat, was er wollte. Das Durcheinander nahm groteske Formen an, reaktionäre Tendenzen, namentlich in der Bureaucratie, stießen auf keine Hemmungen.

Die Neuwahl des Jahres 1928 war eine Verurteilung dieses Systems — die Regierung Heide erhielt ein Misstrauensvotum der Wähler. Ihr Verbleiben im Amt war besonders grotesk angesichts des Verschwindens der Altsozialisten in den Wahlen. Sie hatten im Jahre 1926 noch 88 000 Stimmen gehabt, 1928 nur noch 34 000 Stimmen von 27 Millionen — aber sie blieben mit zwei Ministern, darunter dem Ministerpräsidenten, in der Regierung.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs schafft Gelegenheit, in Sachsen aufzuräumen. Die sächsische Sozialdemokratie wird gegenüber dem bürgerlichen Durcheinander mit gesammelter Kraft in den Wahlkampf ziehen.

hier noch wesentlich schlechter ab als in Venedig: der konservativste Kandidat erhielt nur 8257 Stimmen gegen 15 450 für seinen Vorgänger 1924.

Die fünf Nachwahlen in dieser Woche stellen eine Art Generalprobe für die allgemeinen Wahlen dar. Gesamtergebnis ist, daß

die Regierung schlechter, die Liberalen besser abgekauft haben, als man noch vor Wochenfrist annehmen konnte.

Die Regierung hat von den fünf Sighen nicht weniger als drei verloren, davon zwei an die Liberalen. Die Arbeiterpartei hatte bei diesen Nachwahlen teilweise unter äußerst ungünstigen Verhältnissen zu kämpfen. In Venedig hat sie einen konservativen Vorsprung von 2000 Stimmen in eine absolute Arbeitermehrheit von über 4000 Stimmen über die beiden bürgerlichen Kandidaten zu verwandeln vermocht und damit einen der glänzendsten Wahlsiege errungen. Obwohl größte Vorsicht bei Wahlsprophetieungen erforderlich ist, kann doch mit größter Sicherheit der Sturz der Regierung Baldwin und eine Unterhausmehrheit aus Arbeiterpartei und Liberalen vorausgesetzt werden.

Gewerkschaften im Sturm.

Die Probe bei den Betriebsrätewahlen.

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen in der Berliner Verkehrs-A.-G. hat allgemeines Aufsehen erregt und große Freude und Befriedigung hervorgerufen sowohl bei der kommunistischen Partei, wie auch bei ihren Partnern auf der bürgerlichen Seite.

Seit ihrem Bestehen läuft die kommunistische Partei Sturm gegen die Gewerkschaften. Schon von ihrer Gründung an gewerkschaftsfeindlich gesinnt, hat sie auf Anweisung Moskaus nach bekanntem Rezept den Versuch unternommen, die Gewerkschaften zu erobern. Das gelang ihr nicht, und so versuchte sie es unter Ausnutzung der ungeheuren Krise Ende 1923 und Anfang 1924, nach dem Zusammenbruch der Währung, eigene kommunistische Gegenorganisationen aufzubauen. In Wirklichkeit ist ihr nur gelungen, die Schwankenden aus den Gewerkschaften herauszuziehen. Die von ihr ins Leben gerufenen Gewerkschaften blieben jedoch ohne Einfluß, und auch in ihren besten Zeiten haben sie es auf kaum mehr als 200 000 Mitglieder gebracht.

Nach diesem Mißerfolg erhielten die Mitglieder der KPD. den Parteibefehl, in die Gewerkschaften zurückzukehren, dort Zellen und Fraktionen zu bilden, mit deren Hilfe man sich der Gewerkschaften selbst, sowie der Betriebsräte zu bemächtigen hoffte. In den Verhandlungsregeln wurde den Mitgliedern der kommunistischen Partei aufgegeben, „nach einem Arbeitsantritt in einem Betrieb sich seiner kommunistischen Fraktion anzuschließen. Besteht eine solche Fraktion noch nicht, so muß er (der Kommunist Red. d. B.) mit gleichgesinnten Genossen sich zu einer Fraktion zusammenschließen . . . Jeder Kommunist ist verpflichtet, über alle wichtigen Vorgänge in seinem Betrieb, seiner Gewerkschaft und anderen Organisationen, seiner Parteileitung sofort Bericht zu erstatten . . . Alle Kommunisten müssen sich in allen Arbeiterorganisationen als Kommunisten gesondert zusammenschließen, um ein einheitliches Handeln herbeizuführen“.

Die Mitglieder der KPD. dürfen also in den Gewerkschaften nicht nach den Beschlüssen der Gewerkschaft, sondern müssen nach den Vorschriften handeln, die sie von ihrer Partei für ihre Haltung in den Gewerkschaften bekommen.

Trotz dieser Absonderung und strengen Zusammenfassung sind die Kommunisten in den Gewerkschaften nicht weitergekommen. Während die Gewerkschaften die Krise 1923/24 überwunden haben, während heute in den freien Gewerkschaften etwa 5½ Millionen Arbeiter und Angestellte vereinigt sind, ist der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften statt zu wachsen, von Jahr zu Jahr zurückgegangen.

Nun hat die kommunistische Partei nach den Unternehmern und den Gelben nochmals die Entdeckung gemacht, daß die Gewerkschaften heute noch nicht die Mehrheit der Arbeiter umfassen. Von der Tatsache ausgehend, daß die organisierten Arbeiter sich immer mehr von den Kommunisten abwenden, und daß die unorganisierten Arbeiter noch die Mehrheit bilden, versucht sie jetzt, die Gewerkschaften nicht nur von innen, sondern gleichzeitig auch von außen zu bekämpfen.

Diese Methode ist ja nicht neu. Ganz abgesehen davon, daß die kommunistische Presse tagtäglich gegen die freien Gewerkschaften in maßloser Weise hegt, gibt es keinen Lohnkonflikt, keinen Streit, keine Aussperrung, bei denen die KPD. nicht mit Hilfe der M.H. den Versuch macht, die Aktion der Gewerkschaften zu durchkreuzen und die Arbeiter gegen ihre Organisation aufzubringen. Neu ist nur, daß jetzt auf Anweisung von Moskau die Kommunisten überall, wo die Situation für sie günstig, d. h. überall da, wo die Position der Gewerkschaften schwach ist, bei den Betriebsrätewahlen der Liste der freien Gewerkschaften eine Oppositionsliste entgegenstellen müssen, auf der unter Umständen auch Unorganisierte, sowie Mitglieder der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften als Kandidaten figurieren.

Nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses müssen bei den Betriebsratswahlen einheitliche freigewerkschaftliche Listen aufgestellt werden, und Kandidaten dürfen nur Mitglieder der freien Gewerkschaften sein. Da das Organisationsverhältnis in der Berliner Verkehrs-A.-G. bisher leider sehr schlecht ist, und da die Unorganisierten unter dem Eindruck standen, daß für die freigewerkschaftliche Liste nur Mitglieder der freien Gewerkschaften stimmen dürften, ist der Ausgang der Betriebsratswahl bei der Verkehrs-A.-G. nicht überraschend.

Wenn man aber daraus schließen wollte, daß infolge dieser „neuen“ Taktik die freien Gewerkschaften in ihrem Bestehen ernstlich bedroht sind, so braucht man nur auf die eine Tatsache hinweisen, daß am Tage der Betriebsratswahl bei der Verkehrs-A.-G. über hundert Neuaufnahmen beim Deutschen Verkehrsverband vollzogen wurden. Auch diese Neuaufnahmen zeigen, daß die Unorganisierten unter dem Eindruck standen, sie müßten erst Mitglied der Gewerkschaft

Noch zwei Baldwin-Niederlagen!

Arbeiterpartei und Liberale erobern je ein Mandat.

London, 22. März. (Eigenbericht.)

Die Wahlen in North Lanark (Schottland) und in Holland With Boston haben Niederlagen der Regierungskandidaten ergeben.

North Lanark, wo die Konservativen 1924 noch einen Vorsprung von über 2000 Stimmen erringen konnten, ist nach dem im Zeichen der Arbeitslosenfrage stehenden Wahlkampf, an die Arbeiterpartei gefallen. Ihre Kandidatin erhielt 15 711 Stimmen, 4000 Stimmen mehr als ihr Vorgänger 1924. Die neue Abgeordnete Genossin Jenny Lee ist die Wöhrliche Tochter eines ehemaligen Bergarbeiters, die den Beruf einer Lehrerin gewählt hat, nachdem sie nicht nur die philosophische Fakultät absolviert, sondern auch ein Juristen-Doktorat gemacht hatte. Jenny Lee hat zwar nach englischer Verfassung die Wahlbarkeit, aber noch kein Wahlrecht, da die neue Bestimmung, die den Frauen unter 30 Jahren das aktive Stimmrecht gibt, erst im Mai in Kraft tritt.

Die andere Nachwahl stellt infolgedessen eine Enttäuschung für die Arbeiterpartei dar, als diesmal die Liberalen, die 1924 an dritter Stelle gestanden hatten, den Sitz mit 13 000 Stimmen von den Konservativen erobern haben. Die Regierung scheidet

sein, wenn sie für die freigewerkschaftliche Liste stimmen wollen.

Aber nicht nur bei den Betriebsrätemahlen, auch bei Streiks und Ausperrungen müssen sich künftig Kommunisten gemeinsam mit den Unorganisierten gegen die freien Gewerkschaften formieren. Es müssen sogenannte Kampfleitungen gebildet werden, die entsprechend den Anweisungen der kommunistischen Partei den Kampf zu führen haben und die Gewerkschaften von der Führung der Kämpfe verdrängen sollen.

Der erste größere Versuch mit diesen Kampfleitungen und dieser antigewerkschaftlichen Kampfführung ist während der großen Ruhrausperrung im November des Vorjahres gemacht worden. Dort lagen die Verhältnisse für diese neue Taktik besonders günstig, weil das Organisationsverhältnis sehr ungünstig ist und weil der KPD im Ruhrgebiet immerhin noch über Reste einer Organisation verfügt. Es wurden also Kampfleitungen gebildet, „Massenkundgebungen“ veranstaltet usw.

Das Resultat war gleich Null. Die Organisierten wie die Unorganisierten kümmerten sich nicht im geringsten um die Beschlüsse der „Kampfleitungen“ und der „Zentralkampfleitung“. Als die Gewerkschaften beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, fehlte auch nicht ein Mann. Die KPD war so sehr sich ihrer Ohnmacht zur Führung eines großen Wirtschaftskampfes bewußt, daß sie nicht einmal den Versuch machte, die Beschlüsse und Parolen durchzuführen, die sie vor dem Beschluß der Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit in die Welt hinausposaunt hatte.

So wie die Dinge im Ruhrkampf verlaufen sind, werden sie sich künftig auch bei anderen Kämpfen abspielen. Wir warnen jetzt schon die Unternehmer, allzu große Hoffnungen auf die „revolutionären Unorganisierten“ zu setzen, die etwa wie und da bei den Betriebsrätemahlen gewählt werden sollten. Gewiß sind die Betriebsrätemahlen in diesem Jahr eine Probe für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, gewiß wird es auch in Privatbetrieben vorkommen, daß die freigewerkschaftliche Liste zugunsten der Oppositionsliste der Kommunisten und Unorganisierten Mandate einbüßen wird. Zweifellos und mit Recht werden sich die Unternehmer freuen über diese Schwächung des Einflusses nach außen, den damit die freien Gewerkschaften zweifellos erleiden. Man darf aber nicht annehmen, daß, von besonders gelagerten Einzelfällen abgesehen, Erfolge solcher Art besonders groß sein werden.

Einen gewissen Erfolg wird die kommunistische Partei mit ihrer neuen Taktik nur dort haben, wo sie Kandidaten aufstellen kann, die bisher als Mitglieder der freien Gewerkschaften schon Betriebsräte waren, wie dies auch bei der Verkehrs-A.-G. der Fall war. Aber da diese Betriebsräte künftig nur noch die kommunistischen Parolen hinter sich haben werden und im übrigen auf ihre eigenen Kenntnisse und Energie angewiesen sein werden, so dürfen sie bald ausgepielt haben.

Die kommunistische Partei spielt jetzt in der Gewerkschaftsbewegung ihren letzten Trumpf aus. Wenn es ihr auch gelingen mag, sie und da die Arbeiterfront zu schmücken und damit den Widerstand der Unternehmer gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse zu stärken, so sind das Erfolge, um die wir sie nicht beneiden und über deren Dauer sie sich keine übertriebenen Hoffnungen zu machen braucht. Die Gewerkschaften haben noch ganz andere Schwierigkeiten überwunden und noch ganz andere Kämpfe siegreich überstanden! Für sie ist es auch nichts Neues, daß man versucht, die Unorganisierten zum Sturm gegen die Organisation zu mißbrauchen. Neu ist nur die Fortsetzung dieses Versuches durch die Kommunisten, nachdem er den Selben mißlungen ist — an dem Endergebnis wird sich aber dadurch nichts ändern!

Rebellion gegen Hugenberg.

Eine abgefasste Vorstandssitzung. — Sozialreaktionäre Phantasten.

In dieser Woche sollte eine Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes abgehalten werden, in der Herr Hugenberg, der Vorsitzende, seine Reformpläne entwickeln wollte. Sie ist, wie der „Deutsche“ berichtet, abgefaßt worden unter dem Eindruck einer Rede, die Hugenberg in der preussischen Landtagsfraktion gehalten hatte. Was er dort vorgebracht hat, soll derart sein, daß man auf eine Wiederholung im Parteivorstand zunächst verzichtete.

Nach dem „Deutschen“ wünscht Hugenberg nichts mehr und nichts weniger als das Reichsarbeitsministerium und das preussische Wohlfahrtsministerium zu beseitigen und die gesamte Sozialversicherung abzubauen. Gesehen soll das durch die Diktatur, der zum Zweck scheinbarer Legalisierung das Mantelchen des Artikels 48 umgehängt werden soll.

Der „Deutsche“ erinnert an die drohenden Beschlüsse der evangelischen Gewerkschaftssekretäre vom letzten Sonntag und fügt folgende Charakteristik des deutschnationalen „Führers“ hinzu:

Ihm mangelt offensichtlich jede Voraussetzung zum Realpolitiker, sonst könnte er im Ernst nicht solche unmögliche Reformpläne vorschlagen. Herr Hugenberg lebt im vorigen Jahrhundert. Hof im vorigen Jahrhundert. Er hat von der neuen Zeit keinen Hauch verspürt. Rein, er ist auch keine Gefahr. Er wird niemals Gelegenheiten finden zum Reformieren. Kein Reichspräsident wird ihm dazu jemals die Macht geben. Nicht einmal seine eigene Partei wird er in diesem sozialreaktionären Geiste umgestalten können.

Er wird sie ruinieren, wenn sie ihn gewähren läßt.

Weiter nichts. Nicht nur der christlichsoziale Flügel, die Arbeiter und Angehörigen, würden der Partei den Rücken kehren. Auch den anderen Schichten und Kreisen der Deutschnationalen trauen wir soviel gesunden Menschenverstand und soviel Einsicht in die sozial- und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten zu, daß sie diesen Kurs Hugengeburs nicht mitmachen werden. Einfach auch — um Lebens- und Ewens willen. Sonst würde am Ende als deutschnationaler Partei übrigbleiben — Herr Hugenberg mit seinen Freunden Bang und Freitag-Boringhofen.

Mit anderen Worten: Herr Hugenberg ist ein Vorsitzender, wie wir Sozialdemokraten ihn der Deutschnationalen Partei nur wünschen können.

Gegen eine Trauerkundgebung für Marshall Foch, die der Präsident Radau im Landtag von Böhmen sprach, protestierten die Deutschen — schon deshalb, weil der Landtag eine reine Verwaltungskörperschaft sein soll.

Bayern als Hüter des Reichs.

Bayrischer Regierungsvertreter beleidigt den Strafgesetzausschuß.

In der Beratung des Strafgesetzausschusses zu den Landesverratsparagrafen begründete Abgeordneter Dr. Rosenfeld einen sozialdemokratischen Antrag, als Staatsgeheimnisse nur solche Nachrichten anzusehen, welche lediglich den amtlichen Stellen bekannt sind. Schon der Strafrechtslehrer List habe diese Einschränkung verlangt, um zu verhindern, daß auch derjenige wegen Verrats von Staatsgeheimnissen verurteilt werden könne, der über Vorgänge berichtet habe, die jedermann von der Eisenbahn oder in der Zeitung habe sehen können.

Ministerialrat Dürr (Vertreter der bayrischen Regierung, brachte einen neuen Ton in die bisher östlich sachlichen Beratungen des Ausschusses. Er erklärte, es sei niederdrückend, zu beobachten, wie im Strafgesetzausschuß

um jedes Wort, das dem Schutz des Reichs diene, nicht mehr nur gerungen, schon gestrichelt werde.

(Unruhe links.) Er könne verstehen, daß man genau prüfe, inwieweit das Recht des einzelnen gegenüber den Interessen des Staates zurücktreten müsse. Aber das Reich sei doch vom Volke selbst geschaffen und ihm könne der Schutz, dessen er dringend bedürfe, nicht verweigert werden. Er bitte, alle Rücksicht auf das Recht des einzelnen zurückzustellen und dem Reich zu geben, was das Reich sei.

Abg. Landsberg (Soz.) wandte sich gegen diese beleidigende Wendung. Eine Antwort an die bayrische Regierung sei unbedingt erforderlich. Eigentlich müsse man dem bayrischen Vertreter danken, daß er trotz niederdrückender Eindrücke, die er aus der Zeitung gewonnen habe, sich doch hervor bemüht habe. Hier spreche niemand vom Feilschen und hier feilscht auch niemand. Die Sozialdemokraten wollten in ihren Anträgen dem Wohl des Reichs dienen und sie seien überzeugt, daß sie sich da besser verstanden, als manche andere, dessen Tätigkeit mehr an die des Bären erinnert, der die Fliege verschlucken wolle auf dem Schädel des Schlafenden und dabei den Schädel einschläge. Gewiß müsse das Reich gegen Landesverrat geschützt werden.

Wenn die Sozialdemokraten verlangten, daß bei der Formulierung des Gesetzes besonders vorsichtig verfahren werde, so sei dies vor allem auf die Gerichte eines Landes zurückzuführen, dessen Rechtsprechung oft zum Widerspruch herausgefordert habe.

Wenn ein bayrisches Gericht in dem Haß gegen einen Mann, den es habe verurteilen wollen, sogar übersehe, daß die Straftat verjährt sei, wegen welcher er verurteilt war, so könne man dafür kein Verständnis mehr aufbringen. Gerade gegenüber solchen Gerichten, die die Pflicht zur Unparteilichkeit nicht beachten, sei man genötigt, die einzelnen Bestimmungen auf das genaueste zu prüfen. Wertwürdigerweise wendeten sich diese Urteile immer nur gegen eine Richtung. Augenblicklich berichte die deutschnationale Presse triumphierend, daß die deutsche Währung durch die Verhandlungen von Paris über die Reparationen Gefahren ausgesetzt sei. Diese Berichte haben sogar dazu geführt, daß deutsche Kaufleute von Ausländern Zahlungen in fremder Währung gefordert hätten. Wegen solches Treiben werde nicht eingeschritten (Zuruf des Abg. Hergt: Ich verbitte mir das!) Abg. Landsberg fortführend: Ich habe niemals prophezeit, daß die Amerikaner nicht fliegen und nicht schwimmen können. Ich habe auch nicht gesagt, ich könne nicht anders und konnte doch am anderen Tage anders, Herr Abg. Hergt ist der Letzte, der das Recht habe, mir zu widersprechen.

Der Vertreter der bayrischen Regierung hätte sich mehr überlegen sollen, was er sagen wollte, als er hier ohne jeden Grund in dieser Weise in die Debatte eingriff.

Abg. Hergt (Dnat.) begründete es, daß durch den Mund des bayrischen Vertreters die Länderregierungen sich gelüßert hätten. Man sehe, daß auch in einzelnen Ländern die Arbeiten des Ausschusses mit Ernst und Sorge verfolgt würden. Die sozialdemokratischen Angriffe gegen die deutschnationale Presse müsse er zurückweisen. Nirgends in der Zeitung habe gestanden, daß die deutsche Währung in Gefahr sei, es sei nur auf den zunehmenden Niedergang der deutschen Wirtschaft hingewiesen worden.

Reichsjustizminister Koch erklärte, daß von einem niederdrückenden Gefühl höchstens bei jemand die Rede sein könne, der den Dingen ferner stehe.

Im Ausschuß einge man miteinander in ruhiger und sachlicher Beratung. Leider sei der ruhige und sachliche Ton heute verlassen worden.

Ein Projekt des Dr. Schnee.

Zehnjähr-Gedenktag der Unterzeichnung in Versailles.

München, 22. März. (Eigenbericht.)

In einer Pressekonferenz des Arbeitsausschusses deutscher Verbände machte der Präsident, Gouverneur a. D. Dr. Schnee, die Mitteilung, daß die zehnjährige Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Diktats (28. Juni) durch eine einheitliche Willenskundgebung des deutschen Volkes begangen werden soll.

Diese Willenskundgebung soll gerichtet sein auf die Ablehnung des Artikels 231 des Versailler Vertrages (Allerhöchster Deutschland am Krüge) und auf Einsetzung eines internationalen Historikerausschusses zur Prüfung der Kriegsschuldfrage. Sie soll zum Ausdruck kommen in öffentlichen Kundgebungen aller Volksteile ohne Unterschied der Partei. Gedacht sei auch an eine Kundgebung des Deutschen Reichstags. Daran müßten sich dann diplomatische Verhandlungen der Reichsregierung anschließen, und zwar mit dem Ziel einer internationalen Vereinbarung über die Außerkraftsetzung des Artikels 231. Außerdem sei zum Zeichen der Trauer eine allgemeine Arbeitsruhe von mehreren Minuten in Aussicht genommen, die mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinbaren wäre. Erinnerungsveranstaltungen in den Schulen und bei den Behörden, Vätern der Kirchenglocken u. a. m. wären ebenfalls geplant.

Der Arbeitsausschuß der deutschen Verbände, dem weder die großen Parteien noch die Gewerkschaften angeschlossen sind, hat unseres Wissens die großen Organisationen nicht gefragt, ob ihnen seine Initiative erwünscht ist. Ebenwenig hat er mit der Regierung und dem Reichstag Fühlung genommen. Sein Beruf, einheitliche Kundgebungen des deutschen Volkes zu veranstalten, ist stark bestritten. Praktisch ist heute auch nicht die Aenderung des Artikels 231 — wie will man die erreichen? — das nächste, sondern eine erträgliche Lösung der Reparationsfrage und die Räumung

Er suchte die Verhandlungen dadurch zu fördern, daß er Reformulierungen da vorschlug, wo sie ihm geboten erschienen. Alle bedeutungsvollen Vorschläge lege er vorher dem Kabinett vor; das Kabinett und er persönlich übernahmen die volle Verantwortung dafür, daß die Bestimmungen über den Landesverrat keine stumpfen Befehle seien.

Ministerialdirektor Schäfer erklärte als Vertreter der preussischen Regierung, daß der preussische Justiz- und der preussische Innenminister die Vorschläge geprüft hätten und sie als eine geeignete Grundlage zur Regelung der Landesverratsbestimmungen ansehen. Die preussischen Minister ständen in allen Grundzügen hinter der Vorlage des Reichsjustizministers. Der Weg der Reichsregierung, Reformulierungen im Ausschuß vorzulegen, sei der einzige Weg, bei schwierigen Materien die Strafrechtsreform wirksam zu fördern. Er möchte auch ausdrücklich anerkennen, daß die Reichsregierung die Länderregierungen ausreichend über ihre Ansichten informiert habe.

Abg. Alexander (R.) wandte sich ebenfalls gegen den Vertreter der bayrischen Regierung und erklärte, für die sozialdemokratischen Abänderungsanträge stimmen zu wollen.

Abg. Levi (Soz.) führte aus, der Vertreter der bayrischen Regierung dürfe nicht verkennen, daß in Bayern der Begriff „das Wohl des Reichs“ verkannt worden sei.

Diese bayrischen Zustände seien heute noch keineswegs überwunden und schädigen das ganze Land, das wirtschaftlich und kulturell sich nicht entwickelt.

Niemand wisse mehr, welche Nachrichten Landesverrat darstellen könnten. Dieses sei heute schon Geheimnis, was früher bedeutungslos gewesen sei. Schon bei Zeitungsübersichten über die Wirkstofftage könne die Frage aufkommen, ob nicht die Lage der Regierung in Verhandlungen mit den Gegnern dadurch geschädigt werde. Nehme man das an, so sei eine Erdbebenung der öffentlichen Meinung zu befürchten. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge müßten angenommen werden, um für die Zukunft eine zu weitgehende Rechtsprechung zu verhindern.

Ministerialrat Dürr (Vertreter der bayrischen Regierung) bemitleidete sich, seine zuerst gemachten Ausführungen abzuschwächen. Dabei war nur interessant, daß er in bezug auf die Tätigkeit der Volksgerichte von überwundenen Zeiten sprach und deren Rechtsprechung also damit preisgab.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und nur ein Antrag Wunderlich (Dnat.), der sich an einen sozialdemokratischen Antrag anlehnt, monach nur Nachrichten über Vorgänge, Zustände und Tatsachen anderer Art als Staatsgeheimnisse angesehen werden können, angenommen.

Der Ausschuß verlagte sich dann bis zum 2. April.

Was Herr Hergt nicht weiß.

In der Sitzung des Strafgesetzausschusses hat der deutschnationale Abgeordnete Hergt ausgeführt, nirgends habe in einer deutschnationalen Zeitung gestanden, daß die deutsche Währung gefährdet sei.

Am 30. Januar sprach Herr Hugenberg in Dresden:

„Die Gerüchte über den steigenden deutschen Wohlstand und die Sicherheit der deutschen Währung seien Lügen, an denen Deutschland selbst beteiligt sei.“

Dieser Satz stand in der Hugenberg-Presse. Herr Hugenberg wurde darauf gestellt, am 27. Februar erklärte er in Stettin:

„Man hat mir den Vorwurf des wirtschaftlichen Landesverrates gemacht, weil ich kürzlich in Dresden von der Lüge des steigenden deutschen Wohlstandes, von der Lüge der deutschen Zahlungsfähigkeit und

von der Lüge der Sicherheit der deutschen Währung

gesprochen habe. Ich hatte diese Worte im vollen Umfang ausgesprochen.“

Herr Hugenberg hat ausdrücklich bekannt, daß die Sicherheit der deutschen Währung seiner Ansicht nach eine Lüge sei, seine Presse hat seine Worte weiterverbreitet.

Hält Herr Hergt Herrn Hugenberg nicht für einen Deutschnationalen, die Hugenberg-Zeitungen nicht für deutschnationale Zeitungen?

des besetzten Gebiets. Ob und wie die Lösung dieser brennenden Probleme durch allgemeine Kundgebungen günstig beeinflusst werden kann, ist eine offene Frage. Indem der Arbeitsausschuß ein unausgeglichenes Projekt in die Öffentlichkeit schleudert, erwirbt er sich ein höchst zweifelhaftes Verdienst.

Reaktionärer Vorstoß abgeschlagen.

Annahme des Mecklenburg-Schweriner Haushaltsplanes in dritter Lesung.

Schwerin, 22. März.

In der heutigen Vormittagsitzung des Landtages wurde nach Schluß der großen Aussprache der Haushaltsplan in dritter Lesung mit 27 Stimmen der Regierungsparteien gegen 25 der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschpölkischen Freipartei und der Kommunisten angenommen.

Der Mißtrauensantrag der Oppositionsparteien wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschpölkischen Freipartei abgelehnt.

Zum Schluß der Sitzung wurde nach dem Befehl über die Trennung organisch verbundener Kirchen- und Schulämter in dritter Lesung angenommen.

Politischer Mord in Agram.

Ein Chefredakteur erschossen.

Am Freitagabend ist der Chefredakteur Anton Schlegel der Belgrader „Novosti“ und Präsident der „Jugoslawischen Stampa“, des größten jüdischen Druckerunternehmens, wie es heißt, aus politischen Gründen erschossen worden.

Steuerberatung im Landtag.

Gewerbesteuer für freie Berufe beschlossen.

In der Freitagssitzung des Preussischen Landtages wurde zunächst nahezu einstimmig ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Regierung auffordert,

die abgebrochenen Lohnverhandlungen mit den staatlichen Arbeitern wieder aufzunehmen.

Die Verhandlungen sollen parallel mit den gleichen Verhandlungen im Reich geführt werden. Die Sozialdemokratie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie zwar den Lohnstreit nicht im Parlament entscheiden will, aber den rein abweisenden Standpunkt des preussischen Finanzministers nicht zu billigen vermag. — Es folgt die

dritte entscheidende Lesung der Gewerbesteuer.

Hauptgegenstand des Streites hierbei war, ob man abweichend von der bisherigen Regelung auch die freien Berufe, Ärzte, Zahnärzte, Architekten, Zivilingenieure, Rechtsanwälte, Schriftsteller usw., in die Gewerbesteuer einbeziehen sollte oder nicht. Alle bürgerlichen Parteien waren in dieser Frage gespalten, und auch die sozialdemokratische Fraktion hat lange geschwankt, ehe sie sich endgültig entschloß, die freien Berufe der Steuer mit zu unterwerfen, die jetzt Gewerbe- und Berufssteuer heißen wird.

Gegen die Rennerung sprach die Tatsache, daß die Frage binnen kurzem endgültig im Reich durch das Steuervereinfachungsgesetz geregelt werden wird. Auch sind Arzt und Rechtsanwalt vielfach an staatliche Gebühren gebunden, dürfen formell keine Reklame treiben und ihre Praxis weder verkaufen noch vererben.

Aber auf der anderen Seite wird es namentlich in den kleineren Städten bitter empfunden, daß wenig bemittelte Gewerbetreibende die Gewerbesteuer tragen, während fleißig wirtschaftlich besser gestellte Ärzte und Anwälte kommunalsteuerfrei sind. Dazu kommt, daß die Städte in so großen Finanznöten sind, daß man ihnen jede mögliche Mehreinnahme zuwenden muß, auch wenn die neue Steuer nicht gerade sehr schön in das Steuerystem paßt.

So gab die Sozialdemokratie den Ausschlag dafür, die freien Berufe der Gewerbesteuer zu unterwerfen. Die Kommunisten machten sich zu begeisterten Fürsprechern des Leipziger Ärzteverbandes und der Anwaltskammern. Aber ihr Schimpfen läßt uns kalt: alle Steuern ablehnen und auf allen Gebieten Mehrausgaben fordern ist eine allzu leichte Demagogie. — Es folgten

zwei Kirchensteuergesetze.

Die nach ungesetzlicher Debatte angenommen wurden. Es handelt sich dabei darum, der Kirche das Recht zu geben, außer Zuschlägen zur Einkommensteuer auch Zuschläge zur Grundsteuer zu erheben. Das erscheint deshalb notwendig, weil in weitem Umfang die Landwirte jetzt überhaupt keine Einkommensteuer mehr zahlen und auf diese Weise auch die Kirchensteuer restlos auf die Arbeiter abwälzen.

Die Rechtspartei und das Zentrum kehrten danach einen neuen Beweis für Patriotismus und Liebe zum deutschen Landarbeiter, indem sie eine Resolution auf beschleunigte und vermehrte Zulassung ausländischer Saisonarbeiter für die Landwirtschaft durchsetzten.

Endlich trat das Haus noch in die Beratung des

Haushalts des Finanzministeriums.

Der Abg. Simon-Neufeld (Soz.) stellte nach einmal den kassenmäßigeren Charakter des Budgetgesetzes von 1927 gegenüber dem Gesetz von 1920 heraus und trat im besonderen auch für die Forderungen der Gewerkschaften und Staatsarbeiter ein. Der deutschnationaler Abg. Ebersbach leistete sich die Oberflächlichkeit zu sagen, daß Preußen seiner Finanzlage nach noch zu viel an Kassenbeständen mehr haben würde. Der Finanzminister fernzielte sofort das Verhalten des deutschnationalen Redners als unverantwortlich und irreführend. Die Finanzlage Preußens ist gesund.

Weiterberatung Sonnabend 10 Uhr.

Osterpause der Sachverständigen.

Noch gar nichts endgültig vereinbart.

Paris, 22. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz hält zurzeit Volltagungen nicht ab, da die Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht von Berlin erwartet wird.

Der amerikanische Delegierte Young ruht die Zwischenzeit, um die einzelnen Delegationen zu befragen und zu bewegen, die eine vernünftige Diskussionsbasis ermöglichen. Ein Teil der Pariser Presse benutzt die Gelegenheit zur Veröffentlichung sensationeller Behauptungen über die Reise Schachts, die von den Konferenzteilnehmern als frei erfunden bezeichnet werden. So soll Schacht eine Jahreszahlung von 1,4 Milliarden vorge schlagen haben, während die Alliierten auf 1,7 Milliarden als äußerste Grenze heruntergegangen seien. Die Reise Schachts sei nun von entscheidender Bedeutung, und man werde bald sehen, ob er wegen 300 Millionen (!) die Konferenz „sprengen“ wolle. Die Situation ist jedoch keineswegs so dramatisch; das wird durch den Umstand bewiesen, daß die Delegierten über die Osterfeiertage bis zum 3. April eine Ferienpause einlegen.

Das Projekt des Clearing-Hauses bedarf noch gründlicher Durcharbeitung. Es steht fest, daß die Bank Treuhänder zwischen Alliierten und Schuldner sein soll; sie tritt an die Stelle der durch den Dawes-Plan geschaffenen Kontrollorgane. Indessen ist bisher weder über die Höhe des Kapitals noch über seine Aufbringung, noch über die Rolle der Bank als Regulator des Weltkredits und der Weltwirtschaft irgend etwas Endgültiges beschlossen worden.

Der Reichsbankpräsident, der am Freitag von Paris in Berlin eintraf, erstattete nachmittags dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister gemeinsam Bericht über den Gang der Pariser Verhandlungen.

Parlamentarische Auflösung in Dänemark.

Neuwahl wird ausgeschrieben.

Kopenhagen, 22. März.

Bei der Eröffnung der heutigen Folketingssitzung gab Staatsminister Madsen-Nygaard die Erklärung ab, daß die Regierung wegen der Ablehnung der Finanzgesetzentwürfe als gegeben ansehe, daß die Wähler Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen. Der Staatsminister hat dem König anbefohlen, Neuwahlen zum Folketing auszusprechen. Der König hat diesem Wunsch zugestimmt. Nach der Erklärung des Staatsministers wurde die Folketingssitzung geschlossen. Am Sonnabend wird dem Reichstag ein Notetial vorgelegt werden. — Die Neuwahl ist voraussichtlich am 23. April. Die Regierung Madsen-Nygaard wird bis dahin im Amt bleiben.

Bilanz des Buchtages.



„Gewählt haben sie alle, gekauft haben wenige und der, von dem wir dachten, er wär besonders scharf auf Bücher, hat die Ladentasse ausgeraubt!“

Wer hilft dem deutschen Buch?

Der Tag des Buches.

Am Donnerstagabend eine öffentliche Kundgebung im Plenarsaal des Reichstages und Freitagmittag eine interne Sitzung in der Singakademie. Sehr viele schöne und kluge Worte sind von Referenten und Korreferenten gesprochen worden. Sehr viel wurde über die Hörer ausgeschüttet, aber man sucht vergebens — wenn man das Ganze überblickt — nach einem befriedigenden Resultat. Die Veranstaltung „Tag des Buches“ sollte neue Wege weisen, die den modernen Menschen zum Buche zurückführen. Leider sind fast alle Vortragenden bei einer kritischen Analyse der augenblicklichen Situation stecken geblieben, man hat Probleme hin und her gewälzt, sie bespitzt und von allen Seiten beleuchtet, sie jedoch damit nicht aus der Welt geschafft. Niemand wird behaupten wollen, daß diese gesprochenen Essays nicht sehr geschliffen, bis ins kleinste Detail ausgefeilt worden sind, nur kommt von der vollendeten Form, vom geistreichen Wenden der Gedanken keine Hilfe. Allerdings beschränkt sich ja nicht die Veranstaltung auf das „Breiten mit viel schönen Reden“, sondern auch auf etwas Positives: auf Ausstellung guter Bücher in Buchhandlungen.

In der gut aufgezogenen internen Sitzung in der Singakademie, die nur unter dem einen Gesichtskreis, jenseit des Guten zu bringen, wurde nicht nur kritisches dem Hörer serviert, doch eine Behauptung wie etwa dieser: „Hier muß Wandel geschaffen werden“ schafft noch keinen Wandel, wenn der Vortragende nicht einmal seine Wünsche klar umrissen, sondern möglichst verschwommen formuliert. Die Sitzung im Plenarsaal des Reichstages entwarf in großen Zügen ein Bild, das die interne Sitzung am Freitag bis in kleine Details sorgfältig ausführte. Das Verdienst beider Veranstaltungen liegt wohl hauptsächlich darin, daß über das spezialisierte Gebiet des Buches hinaus eine Analyse des modernen Menschen und der Gegenwart überhaupt gegeben wurde. Dieses zeigte sich auch selbst in Referaten wie „Der moderne Verlag“ und erhielt seine ausgeprägte Form in den Vorträgen von Werner Mahholz und Walter Hofmann, Leipzig, über den modernen Leser. Auch über dieses Thema hatte bereits Anna Siemsen Richtlinien gegeben.

Mahholz führte aus: Die Tage einer literarischen Kultur sind vorüber, weil neben der literarischen Welt drei andere von größter Wichtigkeit getreten sind, die des Auges, des Ohres und des Körpers. Film und Radio befriedigen Auge und Ohr und das neu erwonnene Körpergefühl obsoletiert beim modernen Menschen neben der Berufsarbeit die meiste Zeit und Spantkraft. Deshalb hat sich der Lesertyp der Gegenwart grundlegend geändert. Die Tage einer literarischen Kultur sind vorüber, denn der feinen Körper trainierende Mensch bringt ganz andere Wertmaßstäbe mit als der verträumt schmökernde Romanist in stiller Stube. Der moderne Mensch geht in die Natur und vor dieser zerfällt alles Literarische. Der Sport drängt zum Wesentlichen. Deshalb muß auch die Literatur komprimierter werden.

Ein anderes Moment kommt hinzu. Dies ist die Bewegung vom Individualismus zum Kollektivismus. Dem Gegenwartsmenschen entschwindet immer mehr das Bewußtsein seiner absoluten Einzigartigkeit. Er sieht dem Geist skeptischer gegenüber als frühere Generationen. Privatsehnen der Dichter und ihrer Helden gehen ihn nichts an; er will das Wesentliche seiner Epoche im Buche finden. Damit liefert Mahholz einen allgemeinen Grundriss, ein schematisches Bild des modernen Menschen, er zeichnet eine Grundeinstellung, die entscheidend die Literatur der Gegenwart beeinflusst.

Aber auf dieser Basis bauen sich gewisse scharf gesonderte Typen auf, die durchaus verschiedene Interessen haben.

Ludwig Hofmann aus Leipzig spricht von diesen Typen. Und er, Leiter einer öffentlichen Bücherei, kennt nicht den Typ des Lesers, sondern nur sehr viele Typen. Diese entstehen durch die sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen, die jeder Mensch mitbringt. Denn das geistige Leben schwebt nicht hilflos im Raume. Jeder Leser sucht das Buch, das ihm entspricht, das ihm zur geistigen Heimat werden kann. Da die Bücherwelt augenblicklich in jeder Beziehung unüberschaubar geworden ist, muß sie wieder überschaubar gemacht werden. Hofmann tritt für ein System ein, das eine Orientierung ermöglicht. Die Kürze der Zeit erlaubt ihm nicht, auf dieses System näher einzugehen. Ein Satz sei von Hofmann noch hervorgehoben: „Der Mann, der zwei Millionen Wohnungen baut, tut für die Buchkultur und für die Gesamtkultur des deutschen Volkes am meisten.“

Auch Dr. Alfred Döblin, der eigentlich nur eine Kritik des modernen Verlages liefern soll, streift auch allgemeine Zeitfragen. Er sagt, das moderne Buch wendet sich, da es zu teuer ist, nur an die privilegierten Schichten der Bevölkerung. Diese allein sind die Empfänger der Bildung, mit der sie nichts Geringeres anzufangen wissen. Diese Schicht allein lebt von der Benutzungsart und von dem Reiz der Bücher. Sie ist unkultiviert bis zum letzten, und es ist ein Verbrechen des kulturellen Verlages, daß er nur mit ihr rechnet. Folgt er nur diesen kulturellen Snobs, so wird bald keine Stunde schlagen. Es ist dies eine Entgegnung auf die Ausführungen des Verlegers Dr. Gustav Kipper aus Stuttgart, der ein Bild von der Notlage des deutschen Verlagertums fingt. Auch er bringt überzeugende Argumente, aber die Döblins scheinen schlagkräftiger.

Im Rahmen dieses Themas spricht auch Julius Bab, der sich mit den Buchgemeinden auseinandersetzt. Bei einer literarischen Ausschaltung der persönlichen Wohl- und Geschmacksrichtung gebe es hier überhaupt kein geschäftliches Risiko. Aber allmählich ist dieses Zwangsprinzip in den Buchgemeinden fallen gelassen worden. Man publiziert jetzt eine bestimmte Anzahl von Werken, unter denen das Mitglied wählen kann. Die Mitglieder sehen sich aus den kleinen Leuten zusammen, denen die Bücher nicht nur trutzender Gegenstand sind, denen sie ein kulturelles Besitz bedeuten. Hier liegt für Bab der Hauptwert dieser Institutionen. Scharfe Worte findet auch der Korreferent Döblin gegen die industrialisierten Riesenvorlage, die kein persönliches Verhältnis zum Autor mehr kennen, sondern nur seine Verwertbarkeit, seine Schlagkraft auf dem Büchermarkt.

Otto Krauß gibt in seinem Vortrag „Das deutsche Buchgewerbe“ einen klaren, plastisch geformten Überblick über die Geheimnisse der Buchdruckerei und Romy Jacobs spricht dann noch über das Verhältnis von „Presse und Buch“.

Wie gesagt, die augenblickliche kulturelle Situation wird klar beleuchtet, von allen möglichen Standpunkten aus diskutiert. Wo ist aber der Reiter? Wo sind die positiven Vorschläge für eine Besserung? Man kann sagen, zwei Tage lang hat man sich in einem sehr geistreichen Debattierklub befunden, aber man kennt genöhslich die Resultate solcher Diskussionen. Fast wie ein Symbol wirkt es, daß Herr Dr. Rütz, Reichsminister a. D. und Erfinder des praktischen Schmutz- und Schandgesetzes, den Vorschlag führt, die Weltgeschichte leiste sich noch immer entzündende Witz. F. S.

Wirtschaftsprogramm des IOB.

Amsterdam und Zürich gemeinsam gegen Kriegstreiber.

Die Aufstellung eines internationalen gewerkschaftlichen Wirtschaftsprogramms ist vom Vorstand des IOB in seiner Sitzung am Freitag in Amsterdam als besonderer Punkt auf die Tagesordnung der demnächst in Prag stattfindenden Ausschuhssitzung gesetzt worden. Das Referat über das Programm wurde Leipzig übertragen. Zur Vorbereitung des Programms war den Landeszentralen ein Entwurf des Sekretariats übermittelt worden, wozu in Amsterdam fünf verschiedene Entwürfe eingingen. Der Vorstand besprach die Programmfrage auch mit Sachverständigen verschiedener Länder und übertrug ihnen die Aufstellung einer gemeinsamen Formel. Der Programmtext ist nunmehr fertiggestellt; er wird die Grundlage der Prager Beratungen bilden.

Für die Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr wird der Vorstand dem Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale folgenden Vorschlag unterbreiten: Die beiden internationalen Sekretariate werden beauftragt, miteinander in Fühlung zu bleiben, um im Bedarfsfalle eine persönliche Aussprache herbeizuführen, zu der auch weitere Mitglieder

der beiderseitigen Vorstände hinzugezogen werden. Gefasste Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der Vorstände der betreffenden Internationalen. Die augenblicklich im Gange befindliche Überprüfungsaktion der Sozialistischen Internationalen soll in der Weise unterbucht werden, daß der Vorstand des IOB sich in einem besonderen Schreiben an das Sekretariat des Bitterbundes wendet und die angeschlossenen Landeszentralen ersucht, dasselbe zu tun. — Zum 1. Mai wird der Vorstand des IOB einen besonderen Aufruf erlassen.

Die Erkrankung Erich Kleibers.

Schwere Blinddarmoperation.

Der Generalmusikdirektor der Staatsoper erkrankte in der Nacht auf Freitag plötzlich, so daß man einen Arzt holen mußte. Dieser stellte Blinddarmentzündung fest und ließ den Patienten sofort ins Wessanatorium bringen. Er wurde dort operiert. Die Operation ist gut verlaufen, und es besteht keine allzu große Gefahr für den Patienten; doch muß sein Zustand wegen der Schwere der Entzündung und der Reizung des Bauchfalls noch als ernst bezeichnet werden.

Metallarbeiter in Front!

Kündigung des Lohntarifes.

Das Metallkartell hatte zu gestern Abend die Funktionäre der B.M.A.-Betriebe nach der Bodbrauerei zusammenberufen, um mit ihnen über die Kündigung des Lohntarifes zu beraten.

Der Vorsitzende des Metallkartells, Genosse Ulrich, erinnerte zunächst daran, daß es beim Abschluß des Lohntarifes im vorigen Jahre leider nicht gelungen sei, die Eingruppierungen der einzelnen Arbeiterkategorien so vorzunehmen, wie es die Organisationen gefordert hatten. Aus diesem Grunde gab es nach dem Tarifabschluß viele Differenzen in den Betrieben, die nicht immer zugunsten der Arbeiter beigelegt werden konnten. Schon der unhaltbaren Eingruppierung wegen hat das Metallkartell beschlossen, den Funktionären die

Kündigung des Lohntarifes zum 27. April

zu empfehlen. Das Metallkartell ist sich darüber klar, daß es bei dem B.M.A. auf den hartnäckigsten Widerstand stoßen wird. Die Metallindustriellen wissen leider ebenso gut wie die Organisationen, daß von den rund 180 000 Metallarbeitern in den B.M.A.-Betrieben nur etwa 50 Proz. organisiert sind. Wie schwer es ist, selbst mit einer gut organisierten Arbeiterschaft erfolgreiche Kämpfe zu führen, hat am besten der Werftarbeiterstreik gezeigt. Die Lohnkämpfe der letzten Zeit beweisen ganz eindeutig, daß die Unternehmer nicht nur jeder Lohnforderung scharf ablehnend gegenüberstehen, sondern sogar zur Lohnabbauoffensive übergehen. Es gilt daher, für den

bevorstehenden Kampf der Berliner Metallarbeiter

alle Kräfte zu sammeln und die Arbeiterschaft nicht gegen ihre eigenen Gewerkschaften aufzuwiegen.

Genosse Ulrich ging dann näher auf die Richtlinien Losowskis ein, die mit nicht mißzuersehender Deutlichkeit erkennen lassen, wo die Spalter der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegen. Die Funktionäre bewiesen durch ihre entrüsteten

Zwischenrufe, daß sie gewillt sind, diesen Thesen nicht zu folgen. Genosse Ulrich verzichtete in diesem Zusammenhang auch das sogenannte Kampfprogramm, das angeblich in einer Belegschaftsversammlung der Firma Carl Fahr beschlossen worden, aber der Organisation nur durch einen anonymen Briefschreiber übermittelt worden ist. Dieser Brief ist auf der gleichen Schreibmaschine geschrieben, auf dem sonst die „oppositionellen“ Anträge zur Generalversammlung fabriziert werden. Daher ist es auch erklärlich, daß ein Teil dieser Forderungen

Verflechtungen gegenüber dem bisherigen Lohnsatz

enthält. Die Hauptsache an diesen Forderungen ist anscheinend das Verlangen nach Bildung von „Kampfleitungen“, die unter Ausschaltung der Gewerkschaften mit den Unternehmern verhandeln sollen. Es wird aber auch in Zukunft so bleiben, daß die Gewerkschaften die Streiks führen. Genosse Ulrich empfiehlt der Versammlung zum Schluß, sich die bereits im vorigen Jahre aufgestellte Forderung zu eigen zu machen, monach der

Mindestlohnstellung 1,20 Mark pro Stunde

betragen soll und die Eingruppierung gerechter ist.

Blediglich zwei kommunistische Diskussionsredner versuchten, für die kommunistische Gewerkschaftsaktiv Propaganda zu machen, ohne jedoch bei der Versammlung Anklang zu finden. Der vom Genossen Ulrich im Auftrage des Metallkartells unterbreitete Vorschlag wurde von der Versammlung, in der etwa 1300 Funktionäre aus den Betrieben anwesend waren, gegen 10 Stimmen angenommen. Die Abstimmung sowohl wie der gesamte Verlauf der Versammlung war der beste Beweis dafür, daß die Stimmung unter den Berliner Metallarbeitern eine ganz andere ist als sie die „Rote Fahne“ täglich ihren Lesern glauben zu machen versucht. Die Funktionäre haben jedenfalls den kommunistischen Gewerkschaftszerstörern eine Antwort gegeben, die auch in der Kleinen Alexanderstraße nicht mißverstanden werden dürfte.

Keine Einigung in der Zigarrenindustrie.

Appell an den Reichsarbeitsminister.

Die Tarifverhandlungen für die Zigarrenindustrie, die dieser Tage in Oeynhausen fortgeführt worden waren, sind gescheitert. Die Beauftragten des Reichsarbeitsministeriums und der Zigarrenhersteller wie die Vertreter der Zigarrenarbeiterverbände verharren auf ihrem bereits Ende Januar in Hannover eingenommenen Standpunkt. Nunmehr wird das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung angerufen werden. Das gegenwärtig bestehende Tarifverhältnis soll bis zur Erledigung des Schlichtungsverfahrens bestehen bleiben.

Wieder ein Zwei-Pfennig-Schiedspruch.

In der thüringischen Metallindustrie.

Erfurt, 22. März.

In dem Tarifstreit in der thüringischen Metallindustrie wurde nach dreitägigen Verhandlungen am Freitag früh ein Schiedspruch verkündet, demzufolge der Stundenlohn für Facharbeiter, Angelernte und Ungerlernte über 18 Jahre um 2 Pf. erhöht wird. Diese Erhöhung bildet auch die Grundlage für die Altersberechnung. Das Lohnabkommen tritt am 1. April 1929 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist erloschen zum 30. Juni 1930 gekündigt werden. Im Fehlgang-Abkommen vom 24. Oktober 1928 wird geändert, daß in Grau- und Stahlgießereien für Fehtgutz anstatt bisher 75 Proz. nur noch 65 Proz. (1) vergütet werden, soweit nicht andere günstigere Betriebsvereinbarungen bestehen. Former und Gießereiarbeiter in Grau- und Stahlgießereien erhalten einen Zuschlag von 10 Proz. auf den vereinbarten Lohn.

Lagung der Kommunalangestellten.

Der Reichsausschuß für die im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten bei Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Betrieben beschäftigte sich in seiner jüngsten Sitzung mit den wichtigsten, die Interessen der von ihm vertretenen Gruppen der Behördenangestellten berührenden Fragen. Im Vordergrund stand die Erörterung über die Schaffung einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Kommunalangestellte.

Der Zentralverband der Angestellten hat 1928 wieder eine große Zahl von Tarifverträgen für Kommunalangestellte vereinbart. Eine Reihe wichtiger Tarifverhandlungen schwebt.

Bezüglich der Reichstagsverhandlungen über das Steuervereinfachungsgesetz nahm der Reichsausschuß Kenntnis davon, daß der Verbandsvorstand im Reichstoge beantragt

hat, außer den Angestellten der Landessteuerverwaltungen auch Angestellte der kommunalen Verwaltungen, deren Aufgabengebiet auf das Reich übergeht, in die Reichsfinanzverwaltung zu übernehmen.

Eine besondere Würdigung im Rahmen dieser Sitzung fanden auch die Fragen der gründlichen Berufsausbildung sowie die grundsätzlichen und wichtigen Fragen, die mit den Dienstverhältnissen der Angestellten, mit der Uebernahme von Angestellten in das Beamtenverhältnis, mit der Erlangung von „Beamten-eigenschaft“ infolge Ausübung obrigkeitlicher Funktionen sowie auch mit der Anwendung des Betriebsrätegesetzes (insbesondere des § 13 Absatz 4) auf Angestellte im Zusammenhange stehen.

Zum Schluß nahm der Reichsausschuß noch zu Organisationsfragen und zu den vielseitigen Verbandseinrichtungen zur Schulung der Mitglieder des ZAV und zum Verbandszeitungswesen Stellung.

Opfer des Fortschritts.

Die Beschäftigungsmöglichkeit für Lötter wird infolge des unaufhaltsamen Vordringens der Zentral- und Fernheizung von Jahr zu Jahr schlechter. Wie der Fachgruppenleiter der im Bau-gewerksbund organisierten Berliner Lötter Dreher in der Jahres-versammlung am Mittwoch berichtete, sind von den rund 24 000 Wohnungen, die im vorigen Jahre in Berlin gebaut wurden, 38,9 Prozent mit Zentralheizung versehen worden. Das ist eine Zunahme gegenüber 1927 um rund 11 Prozent. Ebenso sind in den neuen Wohnungen nur etwa 4000 Kochherde aufgestellt worden, so daß hier ein Ausfall von 20 000 Herden gegenüber 16 000 im Jahre 1927 gewesen ist.

Diese anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage beeinflußt naturgemäß auch die Entwicklung der Löhne in diesem Berufe. So war es erst im Herbst möglich, die seit langem geforderte Erhöhung der Löhne und Akkorde um 10 Prozent durchzusetzen.

In der Diskussion stand die Frage des Existenzkampfes der Lötter im Vordergrund. Am treffendsten waren die Ausführungen eines Mitgliedes der Fachgruppenleitung, der vor einer künstlichen Beurteilung der Streitfrage Kachelofen- oder Zentralheizung warnte, da kein Mensch dem Rad der technischen Entwicklung in die Speichen fallen könne, ohne selbst zerplatzt zu werden. Es habe leider auch wenig Zweck, wenn man zu beweisen versucht, daß die Kachelofenheizung hygienischer sei als die Dampfheizung. Die Frage des Mietpreises der Neubaugewohnungen mit Zentralheizungen sowie das Problem der Uebergangsheizung in solchen Wohnräumen müssen mehr als bisher in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Jedenfalls konnte die Fachgruppenleitung beweisen, daß sie alles getan hat, um der Verdrängung des Kachelofens entgegen zu wirken. Die Anerkennung der Versammlung für ihre Fachgruppenleitung kam in deren einstimmiger Wiederwahl am besten zum Ausdruck.

Die Herren im Haus Neuerburg.

Bei der Zigarettenfabrik Haus Neuerburg in Wandsbeck, die etwa 3000 Personen beschäftigt, ist es zu scharfen Differenzen zwischen der Firma und der Arbeiterschaft gekommen. Ohne Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern ließ die Firma bis zu 30 Ueberstunden in der Woche verrichten. Ebenso führte sie Schichtarbeit ein, um möglichst viele Arbeiterinnen noch vor dem 1. April entlassen zu können. Auch an den neu aufgestellten Tabakaufblösmaschinen soll Schichtarbeit verrichtet werden. Man will auf diese Weise die Zahl der Entlassungen noch weiter steigern. Der Betriebsratsvorsitzende der Belegschaft protestierte in sachlicher und korrekter Form gegen diese Maßnahmen. Er wurde daraufhin unter wichtigen Gründen fristlos entlassen. Das Vorgehen der Firma hat unter der Belegschaft große Erbitterung hervorgerufen.

Der „revolutionäre“ Flugblattverbreiter

„Mit der Polizei gegen die Opposition.“ „S.P.D.-Betriebsrat von Zwietsch-Charlottenburg läßt oppositionelle Flugblattverbreiter verjagen.“ — Das sind die knalligen Ueberschriften über eine kommunistische Anekdote der „Roten Fahne“, deren Inhalt und Wirklichkeit mit den Ueberschriften und beide mit der Wahrheit nicht übereinstimmen. Selbst nach dem kommunistischen Märchenjährling ist der Flugblattverbreiter nicht „verjagt“ worden.

Wie uns der Vorsitzende des Betriebsrats, Genosse Ewald Fischer, dazu schreibt, hat er von der Verteilung der Flugblätter erst Kenntnis erhalten, als er nach Arbeitschluß aus dem Betrieb kam und den Flugblattverbreiter in Gesellschaft eines Schutzpolizisten sah. Fischer, der auf einen Kollegen wartete, ließ sich ein Flugblatt geben und hörte eine Weile der freundschaftlichen Unterhaltung zwischen Schupmann und K.P.D.-Mann zu, ohne sich irgendwie in das Gespräch zu mischen, geschweige denn den K.P.D.-Mann beim Schupmann zu „benutzen“. Aber so geht das. Erst schwindelt der K.P.D.-Mann seinen Auftraggebern etwas vor, um sich in ein „revolutionäres“ Vize zu stellen, dann überschwindelt die „Rote Fahne“ den Schwindler.

Schiedspruch für den Bergbau in Oberschlesien

Vor dem vom Reichsarbeitsministerium ernannten Sonder-schlichter Professor Dr. Brahm wurde am Mittwoch über den von beiden Seiten geforderten Montelohn und das Arbeitszeitabkommen im ober-schlesischen Bergbau verhandelt. Da am Vormittag keine Einigung zustande kam, wurde am Nachmittag eine Schlichterkammer gebildet, die in später Abendstunden einen Schiedspruch fällte, monach die Arbeitszeit über Tage eine Verkürzung von einer halben Stunde erfährt, während diejenige unter Tage weiterhin acht Stunden betragen soll. Das Abkommen soll bis zum 1. Oktober 1930 Geltung haben. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft am Montag, dem 25. März ab.

Versicherungsangestellte und Arbeitsrecht.

Am 19. März sprach in der gut besuchten Versammlung der Versicherungsangestellten im Zentralverband der Angestellten Genosse Brente über die Bedeutung des Arbeitsrechts für die Versicherungsangestellten. Er ging besonders auf die Auswirkungen der einzelnen Gesetze auf die Versicherungsangestellten ein. In das mit starkem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine lebhafte Debatte an.

Zum Reichsausschuß Genossen Brille wurde über die Besprechung mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen berichtet, wobei er auf die Argumente der Unternehmer einging, die auf Grund der Wirtschaftslage im Versicherungs-gewerbe angeblich keiner Gehaltserhöhung zustimmen konnten. Ueberzeugend wies er an Hand von Geschäftsberichten nach, daß von dem deutschen Versicherungsgewerbe ein angemessene Gehaltserhöhung der Angestellten durchaus getragen werden kann, also getragen werden muß.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Montag, 25. März, 1929, 10 Uhr, im Saal unseres Verbandshauses, Johannstraße 14-15, Fortbildungsausschuß für unsere Funktionäre, bis in den Räumlichkeiten für Sozialversicherung tätig sind: Herr Engelke, Direktor der Betriebskassenkasse der Stadt Berlin, spricht über das Thema: Nationalisierung der Krankenkassenversicherung. Die Veranstaltung verpricht, sehr interessant zu werden, es wird deshalb um rege Teilnahme gebeten. Die Ortsverwaltung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Achtung, Wanderleiter! Denkt an die Ummeldung der Anträge für Fahrpreisermäßigung. Letzter Tag der Anmeldung Dienstag, 26. März, bis 18 Uhr. — Achtung! Besucht die Ausstellung „Wien im Bild“ im Gefährtenhaus Kreuzberg. Am Urban 10-11. Geöffnet bis zum 31. März, Werktag von 9-11 Uhr, und Sonntag von 10-11 Uhr. Eintritt frei.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

heute, Sonnabend, 10 Uhr, Vorkonzert im Jugendheim Letztter Straße 18-19.

Beamtenschaft: Hr. Vollst. Dr. Curt Meyer; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schillowatz; Soziales und Sonstiges: Fritz Karchhdt; Anzeigen: Ed. Glöck. sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Gust. Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Bitte eine Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vormärkte“.



Die sparsame Hausfrau spricht:

Ich kaufe meinen Kaffee bei der „seligen Witwe“. Da sind auch die billigen Preislagen gut und verlässlich. Besonders zufrieden bin ich mit **Zuntz Melange** ich brauche davon weniger und erhalte einen sehr starken Kaffee. Wenn Du das nächste Mal bei einem der netten **Zuntz-Läden** vorbeigehst, nimm ein $\frac{1}{4}$ lb **Zuntz Melange** mit, und Du wirst wissen, was guter und sparsamer Kaffee ist.

Berlins Stadthaushalt festgesetzt!

Reaktionäre und Radikale gegen ihn in Einheitsfront.

Die Stadtverordnetenversammlung mußte gestern in einer ungewöhnlich langen und zeitweise sehr stürmischen Sitzung sich abmühen, die Haushaltsberatung zu Ende zu bringen, um zur Festsetzung des Haushalts zu kommen. Die Kommunisten versuchten, durch Obstruktion mit den Mitteln eines Beratungsantrages und der Beschlußfähigkeitsanzweilung die Haushaltsfestsetzung zu verzögern, und die Deutschnationalen leisteten ihnen als treue Bundesgenossen den erwarteten Beistand. Es gelang aber, den Streich der kommunistisch-deutschnationalen Einheitsfront zu vereiteln. Mit diesen Koalitionsbrüdern rechnete Genosse Flatau in seiner für die sozialdemokratische Fraktion abgegebenen Erklärung zum Gesamthaushalt sehr nachdrücklich und gründlich ab. Er geißelte das verantwortungslose Treiben der Kommunisten und der deutschnationalen Träger der Reaktion, deren Unterstützung die Kommunisten sich gefallen lassen. Eine Anzahl von Abstimmungen nahm den ganzen Abend in Anspruch, so daß erst gegen 11 Uhr die Festsetzung des Haushalts zustande kam. Gegen ihn stimmten Kommunisten, Deutschnationale und Wirtschaftspartei. Ein Versuch der Kommunisten, eine dritte Lesung zu erzwingen und doch noch eine schändliche Verschleppung durchzuführen, mißlang.

Die Deutschnationalen nur zögernd die Hände; zu ihrer Unterstützung kommen die bisher draußen gebliebenen Kommunisten schnell in den Saal und unterstützen den Antrag. (Lebhafte empörte Zurufe der Sozialdemokraten; großer Lärm im ganzen Hause.) Schließlich stellt der Vorsitzende die Beschlußfähigkeit fest, der Beratungsantrag wird abgelehnt. Dafür stimmen fast nur Deutschnationale, und auch nicht die ganze Fraktion, von den Kommunisten ist kaum jemand im Saal. Der Kommunist Gabel versuchte dann, an der Geschäftsführung des Vorstehers Kritik zu üben, wird von diesem aber treffend abgefertigt; er nimmt seinen Koalitionsfreund v. Jeklin (Dnat.) in Schutz und spricht von Bergewaltigung. (Lärm bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.) Vorsteher Genosse Hoff kann die Ruhe wieder herstellen, Stadtverordneter Läßle (Dnat.) beantragt, die Redezeit auf 20 Minuten zu verlängern, Gabel (K.P.D.) tritt für unbeschränkte Redezeit ein und beantragt für den Antrag namentliche Abstimmung. Da bei Geschäftsordnungsanträgen eine namentliche Abstimmung nicht zulässig ist, sind die Kommunisten wieder um einen Erfolg ärmer. Die Mehrheit der Versammlung stimmt schließlich für 20 Minuten Redezeit. Die Verhandlungen gehen weiter. Der Anschlag der kommunistisch-deutschnationalen Einheitsfront ist abgeklungen!

Nach etwa zweistündiger Aussprache über die noch zu beratenden Kapitel, in der nichts Wesentliches mehr zur Sprache kam, schließt die Staatsberatung. Es folgen nun die

Solche Forderungen werden gestellt in einem Augenblick, in dem die Fraktion, die sie stellt, als Ausgleich keine anderen Steuerorschläge zu machen weiß, als die in früheren Jahren von jedem Steuerfachmann schon als unmöglich erkannten. Wiederrum wurde von den Kommunisten vorgeschlagen, einen Satz von 50 Proz. vom Wertzuwachs als Grundlage für die Errechnung der Wertzuwachssteuer anzunehmen. Eine immer noch bestehende ministerielle Verfügung schiebt die Erhebung eines Satzes von mehr als 30 Proz. ohne vorherige ministerielle Genehmigung aus. Jeder nicht demagogisch arbeitende Steuerfachmann weiß, daß diese ministerielle Genehmigung in keinem Falle zu erwarten ist. Auch der Ladenaufhänger der Wohnungszulassungssteuer erscheint wieder. Bei diesem Steuerorschlag ist in früheren Jahren einwandfrei nachgewiesen worden, daß die bestimmt zu erwartende Berufung auf den § 16a des Kommunalabgabengesetzes die Gestaltung einer solchen Steuer einfach unmöglich macht, ganz zu schweigen von einer fast völligen Aushebung des möglichen Ertrages einer solchen Steuer durch die entstehenden Verwaltungs- und Einziehungskosten, falls eine solche Steuer überhaupt durchführbar wäre.

Das nennt man kommunistisch, eine Arbeit zum Wohle der Notleidenden, zum Wohle der Minderbemittelten! In Würdigung der Wirkungen einer solchen Arbeit kann man diese nicht anders bezeichnen als

ein Spiel mit der Not der Armen.

Erklärungen der Fraktionen.

Für die sozialdemokratische Fraktion nahm Genosse Flatau das Wort:

Es war kein zufälliges Zusammentreffen, daß am vorigen Dienstag die kommunistische Fraktion unbeschränkte Redezeit, vor allem auch für die jetzt abzugebenden Erklärungen, forderte und die deutschnationale Fraktion 20 Minuten, also auch eine verlängerte Redezeit, hierfür verlangte. Zu verstehen ist schon, daß diejenigen eine nicht unerhebliche Zeit zur Rechtfertigung ihrer Stellungnahme zum Etat benötigen, deren Haltung nur vom Blickfeld der Katastrophenpolitik aus begriffen werden kann. Die Arbeit der vereinigten Statoposition im Etatanschluß zeigte deren geistige Sterilität. Die Kommunisten ließen sie dadurch erkennen, daß sie ohne jede Erläuterung etwa inwischen veränderter Voraussetzungen rein schematisch ihre Anträge früherer Jahre wieder einbrachten. Wie im Etatanschluß, so ist von den Kommunisten auch im Plenum der Stadtverordnetenversammlung behauptet worden, diese massenhafte Antragsarbeit gelte zum „Wohle der minderbemittelten Bevölkerung“. Um dies einwandfrei zu widerlegen, seien die hauptsächlichsten kommunistischen Anträge mit ihren finanziellen Wirkungen hier wiederholt:

Verlangt wurde von den Kommunisten eine Erhöhung der sogenannten Unterstützungsrichtsätze. Diese Erhöhung hätte einen Mehrbedarf von 244 Millionen Mark erfordert. — Der Antrag auf freie Lieferung von Kohlen an Unterstützungsempfänger hätte 900.000 Mark an Mehrausgaben verursacht. — Zur Deckung der geforderten Fahrpreisermäßigungen für Arbeitslose wären rund 3½ Millionen Mark erforderlich gewesen. Die verlangte Erhöhung der Summen für die sogenannte allgemeine Notstandsaktion hätte einen Mehrbedarf von 25 Millionen Mark verlangt. — Die nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen gänzlich undurchführbare andere finanzielle Sicherung der Rissenfürsorge hätte 7 Millionen Mark mehr gefordert. — Die Befreiung eines verbesserten Frühstücks an Obdachlose erforderte 2,6 Millionen Mark mehr. — Der Neubau von Familienwohnungen für Obdachlose hätte 3 Millionen Mark beanprucht, die sogenannte Blindenrente von 2 Millionen Mark und die unentgeltliche Abgabe von Frühstück und warmem Mittagbrot an familiäre Schüler der Volksschulen ufm. 46 Millionen Mark.

Die gesamten Mehrforderungen der Kommunisten, ungernechnet ihre Forderungen anderer Art, beanspruchen einen Mehrbedarf von 334 Millionen Mark.

(Lärm bei den Kommunisten.) Den Rest eines vielleicht für diese vorhandenen menschlichen Gefühls läßt man brutal überdönen durch rein agitatorische Tiraden. — Und auf der anderen Seite das würdige deutschnationale Gegenstück. Mit den veralteten Methoden vergangener Zeiten verlor man hier, moderne kommunale Arbeit zu leisten. Diese Arbeit würde sich als eine Hemmung des Aufstiegs des modernen Berlin darstellen, wenn nicht in dieser Versammlung verantwortungsbewusste Fraktionen wären, die finanziell der Reichshauptstadt der deutschen Republik das geben, was sie braucht. Die alten Trümpfe werden wieder in den deutschnationalen Anträgen ausgepielt: Schaffung einer zweiten Klasse in den Krankenkassen, Erhöhung des von den Krankenkassen der Stadt zurückzuverwendenden Satzes um ein Viertel des gegenwärtigen Betrages. Dieser letztere Antrag ist ein

bewußter Kampf gegen mühevoll geschaffene soziale Einrichtungen.

ein Kampf, der, wenn er erfolgreich wäre, sich nur auswirken könnte zum Schaden der Mittelglieder der Krankenkassen. Die Krankenkassen haben es schwer genug, unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und bei der durch wirtschaftliche und gesundheitliche Not übersteigerten Inanspruchnahme ihren eigenen Etat im Gleichgewicht zu halten. Das alles weiß man bei den Deutschnationalen. Aber weil man eben neue Ideen nicht hat, greift man auf die Antragsantikamität zurück.

Auf der einen Seite ein fast bis zur Sinnlosigkeit gesteigerter Radikalismus, auf der anderen Seite eine fast in völliger Erstarrung verfunkenen Reaktion. Sie kämpfen gemeinsam an gegen dieselben Fraktionen, die in ehrlicher Ueberzeugung sich dafür einsetzen, daß die Stadt Berlin durch das Etatgesetz eine finanzielle Grundlage erhält, die ihr ein Weiterleben ermöglicht.

Sie lehnen diesen Etat ab und sträuben sich damit auch gegen die Verbesserungen, die in den Etat hineingekommen sind.

Sie lehnen mit diesem Etat aber zugleich auch ab alle notwendigen Ausgaben für Wohnungszwecke, für das Gesundheitswesen, für Wohlfahrtspflege, für Schulen und für die Beamten, Angestellten und Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie verweigern der Stadt die Mittel, um die Arbeitnehmer angemessen entschädnen zu können. Das sei mit besonderem Nachdruck hervorgehoben. Radikalismus und Reaktion vereinigt zur Statoposition in diesem Hause wagen es, im Etatanschluß und im Plenum durch ihre Redner an die verantwortungsbewußten Stadtverordnetenfraktionen, und insbesondere an die ihnen verhasste Sozialdemokratie, die Frage zu richten, ob die Verantwortung für diesen Etat übernommen wird.

Vor Eintritt in die Weiterberatung des Haushaltsplanes für 1929 ehrt der Vorsteher unseren Genossen Gustav Tempel anlässlich seines 70. Geburtstages. Den Pfah des Jubilars schmückt ein großer Streuß von Rosen in den Stadtfarben Rot und Weiß. Mit den Geburtstagswünschen verband der Vorsteher den Hinweis auf Tempels fast vierzigjährige ehrenamtliche kommunale Tätigkeit.

Mit dem Kapitel Kapital- und Schuldverwaltung wurde dann die Haushaltsberatung fortgesetzt.

Beabsichtigte Sitzungsprenkung!

Nach dem Berichterstatter, Stadtverordneter Jurck, meldete sich der Kommunist Gabel zur Geschäftsordnung zum Wort, wies auf das schwach beleuchtete Haus hin, beantragte daraufhin die Vertagung der Haushaltsberatung und zweifelte gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses an. (Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Deutschnationale v. Jeklin, der Wortführer seiner Fraktion beim Etat, begann zu Wort gekommen: „Keine Damen und Herren! Ich schließe mich meinem Vorgesetzten an!“ (Großer Lärm und Empörung bei den Sozialdemokraten; Zurufe: Reite Koalitionsbrüder; Die Einheitsfront!) v. Jeklin wird durch den Lärm und das Lauten des Vorstehers unverständlich, er tritt alsbald ab. Vorsteher Genosse Hoff: Ich verlege die Sitzung auf 10 Minuten und bitte den Aeltestenrat, zusammenzutreten. — Der Saal leert sich.

Nach etwa 40 Minuten eröffnet der Vorsteher die Sitzung wieder, indem er dem Stadtverordneten Meelen (Dem.) als Redner gegen den Beratungsantrag der kommunistisch-deutschnationalen Einheitsfront das Wort gibt. Er stellt fest, daß

durch diese Obstruktionsspielerei das Ansehen Berlins im Lande gefährdet wird

und daß die Verabschiedung des Etats vor dem 1. April in Frage gestellt ist. (Zuruf v. Jeklin: Das ist doch nicht unsere Schuld! — Empörte Gegenrufe der Sozialdemokraten.) Das Dierfest steht vor der Tür, selbst im Aeltestenausschuß waren sich alle Parteien einig, daß eine Sitzung in der Osterwoche nicht möglich ist, und so ist das Verhalten der Obstruktionsspielerei einfach unqualifizierbar. Ich gratuliere, schloß der Redner, die Parteien rechts und links zu ihrer Bundesbrüderschaft! (Lärm rechts.) Als der Vorsteher, Genosse Hoff, die Unterstützungsfrage für den Beratungsantrag stellt, bebten



Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostar

Das Faß schien all das nicht zu bemerken oder doch nicht als unangenehm zu empfinden; es blickte über die filzhaarige, rochitische Jungbrut weg, die es stumpf starrend umdrängte, und schluckte mit Mund und Nase den Dunst von schlechtem Stroh und ungewaschenen Kleidern und Menschenfleisch. . . oder halbte es nach dem süßlichen Rübenduft, der von der Fabrik manchmal herüberwehte? Diesem Geruch tappte es jetzt jedenfalls nach, trat durch die Tür in den riesigen Saal, eine massive Scheune von einst; man ließ es ruhig durch die langen Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen gehen, die ihr Rübenwalchen, Rübenfortieren, Rübenshälten, Rübentragen stützig unterbrochen und sich zurauten: „Das Faß, das Faß!“ Die meisten lüchelten; auf den Boden einiger junger Mädchen war das grelle Rot einer Hoffnung; die war auch von hier gekommen; vielleicht heiratete einen auch mal einer der Bürgersöhne, denen man sich nachts im Krumbholz hingab . . .

Das Faß bemerkte auch das nicht. Es wälzte sich durch den rübenstaubdurchschmelzen, häßlich hohen Raum, als ob es zu Hause wäre. Der Aufseher kam: „Wolln Se de Maschine lähn?“ Auf ein gedankenloses Ja hin führte er sie in einen lauberen Anbau, in dem eine schwarze, häßliche Maschine stand; daran glänzte ein großes Schwungrad seltsam und silbern.

Die eben noch fahlen Wangenwülste des Faßes waren heißrot geworden; sie schienen zu fiebern. In dem engen Gang zwischen Maschine und Wand bewegte sich der unförmige Körper mit einer Selbstverständlichkeit, die traumhaft war. Seine Augen waren etwas trübe; es stand jetzt vor dem großen Schwungrad, das in seiner schnellen Drehung wie ein großer, silberner Teller aussah, und starrte hinein —

so, wie ein Fabrikmädchen silberne Dinge anstarrt, von denen die Reichen essen, scheu, fremd, mit unklarer Sehnsucht. Das halbe Jungmädchenlächeln in dem verstellten Gesicht wirkte so komisch, daß der Maschinist den Aufseher mit bezeichnendem Blick ansah. Dann fuhr er fort, seine Erklärung der Maschine zu brüllen, die das Faß gar nicht zu hören schien; da gab er es auf und puhte am Eisen herum; der Aufseher sah im Arbeitsaal nach dem Rechten. Die trüben Augen der Fiebernden waren allein mit dem silbernen Teller.

Ein Schrei — ein Herumzucken der Köpfe, ein Fallenlassen der Rüben und Messer, ein Berenne nach dem Maschinenhause, ein Aufgellen vieler weiblicher Kehlen, eine Stille. —

Der Maschinist hatte den Schrei ausgestoßen, hatte das Faß jäh vom Schwungrad zurückgerissen, aber dessen rechte Hand war ein blutiger Fegen, die trüben Augen sahen den Fegen an, Schmerz war nicht darin, nur Bewundern — das Faß hatte doch nur leicht über den großen silbernen Teller gestrichen — wie eben ein Fabrikmädchen Flecke von silbernen Dingen wischt, von denen die Reichen essen . . .

Man rannte um Leinwand. Der Fegen blutete, das Blut tropfte in hunder Tropfen, es stieß fast. Man fand endlich Verbandzeug, das Blut sickerte durch das Leinen. Einer rannte zum Arzt, einer zu Kniephade; man führte das Faß in einen Verschlag, der leer geworden war, weil man durch die Anschaffung der Maschine einige Arbeiter hatte entlassen können. Das Lagerstroh war noch da; man legte das Faß darauf; es schien keinen Schmerz zu empfinden, es lächelte komisch und irte den Verschlag an, den die trüben Augen ablickten; sie fanden mannhohle Mauer, Luftloch, Raufe und Stroh und schlossen sich zufrieden. Eine Frau blieb da und verband immer von neuem; der Fegen strömte Blut.

„Se hat uffs Rad gefaßt, wie'n se zu Hause uff an Tisch faßt“, beräthete draußen der Maschinist.

„Se is je oo hier zu Hause!“ meinte ein altes Weib ironisch oder ernst.

Der Aufseher trieb zur Arbeit.

Nach drei Viertelstunden kam Kniephade; ein Arzt war noch nicht zu erreichen gewesen. Kniephade war sehr ruhig, obgleich er zu wissen glaubte, daß dieser Unfall den Tod seiner Frau bedeuten würde. Aber er hatte seit langem erkannt,

daß dies bevorstand. Lediglich die merkwürdigen Umstände irritierten ihn etwas.

Er hockte sich neben sie und hielt ihre Linke. Ihre Augen waren noch immer geschlossen; aber langsam schwand das Lächeln, der Atem wurde heftiger. Ihre Lippen bewegten sich unaufhörlich, sie wollte Worte formen, aber es gelang nicht.

„Schonn jut, Mutter, schon jut. Ich frieche dan Jungen von diche“, sagte Kniephade. Der Fegen blutete noch immer.

Kniephade sah, daß ein Asthmaanfall drohte. Nach gewohnter Art legte er ihren Kopf zurück, schwang den linken Arm auf und ab. Als ein argelnder Atemzug ihr wieder Luft geschafft hatte, schlug sie die Augen auf. Sie sah Kniephaden an, wie man etwas Fremdes ansieht, das gut ist, dem man dankbar sein muß, das aber eben fremd blieb; tastete dann mit langen, nahen Blicken wieder den Verschlag ab, schien alles richtig und heimlich zu finden; suchte noch einmal ihres Mannes Hand zu drücken —

„Schonn jut, Mutter“, sagte Kniephade wieder. Das Lächeln kehrte zurück, sie schloß die Augen und tat sie nicht wieder auf. Der Arzt konstatierte den Tod: Herzlähmung durch Asthma, Anstrengung, Schreck, Blutverlust.

Der Arzt sprach sein Beileid aus. „Und daß sie gerade so — gerade hier sterben mußte . . .“ Er sah sich im Raume um.

„Tott, wiffen Se, Herr Doktor“, sagte Kniephade ruhig, „an jeder jeheert dahin und zu die, wo e härjelkomm'n is. Un wenn e se oo noch so lange nich kennen will, und wenn e oo austrickt davor sein janzes Läwen — am Ende muß e zu seine Leide und in sein'n Verschlag. Die armen Luderich hier läßt's nicht los, wenn se's oo besser gehatt han derzwischen. Awwer hier isse se zu Hause.“

Als der Arzt mit erstauntem Blick gegangen war, sagte Kniephade nach einigem Grübeln vor sich hin: „Daderzu nu das Janze, damit'n se hier starwet . . . jehsieht mich recht. Ich geheere oo widder in mein'n Verschlag.“

Am nächsten Morgen, als er mit einer großen Stange vor seinem Hause hantierte, stieß er, wohl von ungefähr, das Glaschild „Hofböttchermeister“ entzwei.

Es wurde nicht wieder angebracht.

(Fortsetzung folgt.)

Die sozialdemokratische Fraktion gibt hierauf klar und deutlich in aller Deutlichkeit die Antwort:

„Wir, die wir wesentliche Verbesserungen in diesen Etat hin-
angebracht haben, übernehmen für diesen Etat die
Verantwortung. Wir wissen, daß dieser Etat in den gegen-
wärtigen wirtschaftlichen Notzeiten keine ideale Gestaltung er-
halten konnte. Wir konnten von vornherein die Grenzen, inner-
halb deren dieser Etat beraten und verabschiedet werden konnte
und mußte. Wir haben aber bei der Gestaltung auch dieses Etats
alle Möglichkeiten ausgeschöpft, durch die wir den Interessen
des Berliner Proletariats dienen können. Wir
scheuen vor der proletarischen Öffentlichkeit nicht die Verant-
wortung, die wir dadurch tragen, daß wir gemeinsam mit anderen
Fraktionen, mit denen wir auch bisher der Träger der kommunalen
Arbeit in Berlin waren, diesen Etat annehmen.“ (Lebhaftes
Bravo! bei den Soz. und Handwerkskassen)

Stadtoverordneter v. Jessin (Dnat.) sprach von hemmungsloser
Mißwirtschaft, die Sozialdemokraten seien am Ende des Rates.
So wie Heisterlich einst die Finanzen des Reiches
retten mußte (schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten),
so werden wir auf der rechten Seite des Hauses wieder gut machen
müssen (Lachen bei den Sozialdemokraten), was Sie (zu den Sozial-
demokraten) verdrängen. Herr v. Jessin schränkte sich dann mit der
Bemerkung ein: Er wolle sich nicht auf das hohe Pferd des Eigen-
lobes setzen! (Heiterkeit links.) Dem Magistrat bewilligen
wir keinen Pfennig! — Für die kommunistische Frak-
tion „entlarvt“ nach dem einmal Stadtoverordneter Leh die Sozial-
demokraten. Stadtoverordneter Merzen (Dem.) verteidigte die Höher-
anweisung des Ertrages der Gewerbesteuer unter gleichzeitiger Nicht-
erhebung der Pflichtschulbeiträge; das sei ein Verdienst an der Wirt-
schaft. Gegen Zwischenrufe des deutschnationalen Stadtoverordneten
v. Jessin muß sich Merzen oft wehren. Dabei kommt es zu einem

neuen Zwischenfall.

Ehmal sagt Merzen: Herr v. Jessin, solche Zwischenrufe habe ich
früher von der Seite (nach den Kommunisten zeigend) gehört,
ich stelle fest, daß Sie von Ihren Koalitionsbrüdern
schon viel in Umgangsformen und Ton gelernt
haben. Bravo! In der Mitte des Hauses.) Als Merzen von den
Wohnungsbauern sprach, rief v. Jessin: Sie bauen Rußland! —
Rein, entgegnete Merzen.

für Sie bauen wir Sammijellen!

Bei den Deutschnationalen entleert ein großer Värm, Bloche, Zaruse
zum Vorsteher hin, erneuter großer Värm rechts, Bloche des Vor-
stehers. Ganz besonders tobt Herr v. Jessin, der ständig zum Vor-
steher hin brüllt und mit den Händen auf dem Pult trommelt.
Schließlich verläßt der Vorsteher seinen Platz und unterbricht
damit die Sitzung. Nachdem man außerhalb des Saales den
Zwischenfall erörtert hatte, eröffnet der Vorsteher wieder die Sitzung
und ruft Merzen nachträglich zur Ordnung, „weil seine
Aeußerung: „Für Sie bauen wir Sammijellen“ ein Angriff auf
die Persönlichkeit des Herrn v. Jessin gewesen sei.“ Stadtoverordneter
Merzen bringt seine Fraktionserklärung zu Ende, stellt aber die
Frage, ob er gegenüber v. Jessin nicht moralisch im Recht gewesen
sei? (Lebhaftes Zustimmung in der Mitte des Hauses.) Stadtoer-
ordneter Caspari (D. Sp.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde
zum Haushalt. Rinkler (Wp.) lehnt wegen der Steuern ab. Der
Zentrumsredner Lange stimmt zu. Um 10 Uhr beginnen

die Abstimmungen.

Bei den noch ausstehenden Kapiteln allgemeine Wohlfahrt, Verbesser-
ungen, Hauptverwaltung, Steuern und anderen werden die
75 kommunikalischen Anträge abgelehnt, die Mehrheit des
Hauses schießt sich den Ausschlußbeschlüssen an.
Angenommen wird u. a. ein Antrag Merzen (Dem.), den Ge-
werbesteuerertrag um 1.220.000 Mark zu erhöhen
und bei der Einführung von Gewerbesteuerertrag wünschende Stun-
dungen und Niederlagen zu gewähren. Am Ende der vielen
Abstimmungen wird dem Umschlusse mit Mehrheit zugestimmt;
dem Gesamtat stimmt die Mehrheit ebenfalls
zu. Damit ist der Etat der Stadt Berlin gegen die Stimmen der
Kommunisten, der Deutschnationalen und einiger Splitterparteien
verabschiedet. Eine von Gabel (Komm.) zum Schluß noch bean-
tragte dritte Besetzung wurde gegen die Kommunisten, denen sich einige
Rechter anschlossen, abgelehnt. (Bravo bei der Mehrheit.) Der Vor-
steher schloß die Sitzung um 11 Uhr mit Dankesworten an die Mit-
glieder des Haushaltsausschusses.

Trunkenheit ist keine Entschuldigung.

Chauffeur Formansky zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine schwere Strafe verhängte das Schöffengericht
Wedding über den Kraftwagenführer Otto For-
mansky, der, wie wir im „Abend“ berichteten, in seiner Trunken-
heit am 27. Oktober v. J. den schweren Zusammenstoß
des von ihm geführten Lastkraftwagens mit einem Straßenbahn-
zug und damit den Tod von zwei Menschen und die Verletzung
weiterer 40 (nicht 14) Fahrgäste der Straßenbahn verschuldet hatte.
Das Gericht ging über den auf 2½ Jahre Gefängnis lautenden
Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Formansky wegen
fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und
fahrlässiger Transportgefährdung zu 3 Jahren Ge-
fängnis. Der Haftbefehl wurde ausreicht erhalten. Be-
sonnig hatte der Angeklagte zu seiner Entschuldigung angeführt,
daß er vollkommen betrunken gewesen sei. Das Gerichts-
urteil läßt keinen Zweifel darüber, daß Trunkenheit für einen auf
verantwortlichem Posten befindlichen Chauffeur nicht als Entschuldi-
gung gelten kann. Auch Lokomotivführer, Straßenbahn-, Hochbahn-
und Autobusführer dürfen während des Dienstes keinen
Tropfen Alkohol zu sich nehmen.

Nach 2 Monaten geborgen.

Gestern nachmittag wurde aus der Havel an der Reinen
Badeviere bei Gatow die Leiche eines Mannes ge-
landet. Wie die Polizei an Hand vorgefundener Papiere, die nur
schwer lesbar waren, feststellte, handelte es sich um den Tischler-
meister Erdmann Guhl aus der Potsdamer Straße 12.
G. war an einem Sonntag im Januar mit seiner Frau und seiner
siebenjährigen Tochter nach Schildhorn hinausgefahren. Beim
Schiffbruch brach das Kind, wie wir seinerzeit be-
richteten, plötzlich ein. Der Vater sprang sofort nach und es gelang
ihm, sein Kind zu retten. Der Mann selbst konnte sich dagegen
nicht retten, weil das Eis, an das er sich klammerte, ständig durch-
brach. Auch von dem am Ufer Stehenden konnte dem Unglücklichen
keine Hilfe gebracht werden. So mußte die Frau zusehen, wie ihr
Mann, den bald keine Kräfte verließen, hilflos ertrank. Die Leiche
wurde nach der Spandauer Halle gebracht.

Eine falsche Spur.

Zu dem Raub in der Gerichtstraße erfahren wir, daß sich das
Verdächtige der schwer verletzten alten Frau Zwick im Bozarov-
Krankenhaus verschlimmert hat. Die Ueberfallene liegt ver-
nehmungsunfähig danielier. Die Nachforschungen nach den Räu-
bern wurden bis spät in die Nacht hinein fortgesetzt. Die Polizei glaubte
die Verbrecher unter den Burchen suchen zu müssen, die sich
arbeitslos in der Gegend des Wedding aufhalten pflegen, und
nahm schließlich sechs junge Leute fest. Die Festgenommenen
mußten aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Sie kommen,
wie durch Gegenüberstellung mit den Zeugen erwiesen wurde, für
den Ueberfall nicht in Betracht.

Schwere Bluttat in Lichterfelde.

Ein Inder erschießt seinen Freund und tötet sich selbst.

Im Hause Knebebedstraße 10 in Berlin-Lichterfelde ereignete
sich gestern ein Mord und ein Selbstmord zwischen zwei Indern.
Der Inder Nazar Mohamed besitzt in diesem Hause ein photo-
graphisches Atelier, das von seiner Frau, einer Deutschen, geleitet
wird. Er selbst beschäftigte sich mit Häuserespekulationen.
Die er gemeinsam mit seinem Freunde Ali durchführte.
Vor ungefähr einem halben Jahre kam es zwischen den beiden
Freunden zu Differenzen, worauf sie sich mieden und sich logor ver-
klagten. Im Freitag sollte zwischen beiden eine Ausöhnung statt-
finden oder zum wenigsten bestehende geschäftliche Differenzen bei-
gelegt werden. Zu diesem Zweck besuchte Ali mit noch einem dritten
Inder, der wahrheitslieblich den Schlichter spielen sollte, Nazar Moha-
med. Bei den Verhandlungen kam es zu Auseinandersetzungen, die
schließlich in Tölichkeiten ausarteten. Als Mohamed die Tür
abgeschlossen, eilte Ali zum Fenster und rief um Hilfe. Ein Passant
alarmierte das Ueberfallkommando, das nach kurzer Zeit eintraf.
Nun versuchte Ali zu entfliehen, wurde aber auf dem Korridor von
Mohamed durch einen Schuß niedergestreckt. Der Mörder eilte dann
in das Zimmer zurück und tötete sich selbst durch einen Schuß in
den Kopf.

Zu der blutigen Tragödie werden noch folgende Einzelheiten
bekannt: Der Kaufmann Nazar Mohamed hatte seinen Kompanion,
den Kaufmann Ali Jareem und einen Professor Habar
in seine Wohnung zu einer Besprechung eingeladen. Es sollten
Zivilprozesse, die zwischen den beiden Kaufleuten schwebten,
geschlichtet werden. Habar sollte der Schiedsrichter sein. Bei der
Aussprache kam es zu einem Streit. Mohamed hinderte Ali und
den Professor am Fortgehen, verschloß die Tür, schlug mit einem
Bleistift auf sie ein und zog schließlich eine Pistole und tötete
Ali durch zwei Schüsse. Als der Professor zum Fenster hinaus um

Hilfe rief, jagte sich Mohamed selber eine Kugel in den Kopf. Beide
Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Zodesschuß aus Zufall.

Die Staatsanwaltschaft I hat bei der Strafkammer des Land-
gerichts den Antrag gestellt, den Postkassierer Karl Stephan,
gegen den wegen Tötung seiner Ehefrau ein Strafver-
fahren eingeleitet worden war, außer Verfolgung zu setzen. Stephan
hatte seine Frau durch einen Revolverschuß getötet und sich dann
selbst eine Kugel in die Brust gejagt. Nachdem er im Polizei-
krankenhaus geheilt worden war, wurde Stephan in das Unter-
suchungsgefängnis übergeführt, aber vor einiger Zeit bereits auf
Antrag von Rechtsanwalt Müller-Stromeyer auf freien Fuß gesetzt.
Nach der Darstellung des Angeklagten war der unglückliche
Schuß durch einen unvorhergesehenen Zufall losgegangen. Stephan
lebte von seiner Frau getrennt und wollte sich scheiden lassen. Seine
Frau aber verweigerte die Einwilligung dazu. Er will nun im
vorigen Sommer seine Frau in deren Wohnung in der Senefelder-
straße 25 aufgesucht haben, um einen letzten Versuch zu
machen, sie umzustimmen. Bei dieser Unterredung hatte er
auf dem Schoß, unter seinem Mantel einen geladenen Revolver.
Wie er behauptet, wollte er beim Festhalten seiner Hoffnungen
sich vor den Augen seiner Frau erschließen. Als er
bei der erregten Aussprache aufsprang, soll sich der Revolver in die
Tischdecke verwickelt haben, so daß sich die Waffe entlud. Da sich
die Angaben des Angeklagten, daß es sich um einen unglücklichen
Zufall handele, nicht widerlegen lassen, soll er nach Antrag der
Staatsanwaltschaft jetzt außer Verfolgung gesetzt werden.

Arbeiterbildungsschule

Am Sonntag, dem 24. März, vormittags 10 Uhr, im Rathaus
(Eingang Königstraße) Kommunalpolitische Vortragreihe
„Finanzen und Steuern“
Referent: Stadtoverordneter Dr. Richard Lohmann
Parteilose Mitgliedsbuch legitimiert

Vor einem Geständnis des Grafen Christian! Zwei Berliner Kommissare entfan-

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Hirschberg (Schlesien),
der die Untersuchung des Mordes in Schloss Jannomitz führt, hat
am Freitag um die Entsendung von Berliner Beamten ersucht. Das
Landeskriminalpolizeiamt Berlin hat daraufhin Kriminalpolizeirat
Hoppe, Kriminalkommissar Günther Brasch und einen
Beamten nach Hirschberg entsandt. Kriminalpolizeirat Hoppe wird,
nachdem die neue Untersuchung in die Wege geleitet ist, nach Berlin
zurückkehren und Bericht erstatten.

Die Untersuchung über den geheimnisvollen Tod des Grafen
Eberhard von Stolberg-Wernigerode nimmt ihren Fortgang. Noch
ist keine Entscheidung gefallen, doch nimmt man an, daß die end-
gültige Klärung unmittelbar bevorsteht. Hoff-
entlich bewahrt sich diese Ansicht der Untersuchungsbehörden.

Nach heute ist es die Meinung aller beteiligten Dienststellen,
daß nur Graf Christian Friedrich den tödlichen
Schuß abgegeben haben kann. Ob Vorsatz vorlag oder nicht, steht
offen. Das Gewehr, das am Boden gefunden wurde, muß erst kurz
vor der Tat geladen worden sein und enthielt dieselbe Munition,
die sich im Gewehrschrank des toten Grafen vorfand. Es ist be-
zeichnend, daß es sich um eine Spezialmunition für Re-
tawild handelt, die vor abgepalmt, damit die Hirse schneller
zur Strecke gebracht werden können und die Waffe selbst ist ein
umgearbeitetes Militärgewehr. Zur Jagd konnte es von den jagd-
kundigen Familienangehörigen nicht benutzt werden, denn es ist jetzt
nicht die Jagdzeit für Retawild föllig.

Am Freitag hat der Untersuchungsrichter den Grafen Christian
Friedrich weiterhin eingehend vernommen. Es ist von Interesse,
daß mit Sicherheit behauptet wird, auch Graf Karl, der
Bruder des toten Grafen Eberhard, werde in aller
Ritze vernommen werden. Graf Karl ist durch seine Betei-
ligung am Rapp-Fußch in der Gegend übel be-
mündet. Er wohnte seitdem in der Steiermark und kam erst
gestern nach Jannomitz. Aus seinen kühnen Geldfor-
derungen an die Fideikommissinhaber vermutet man einen Zu-
sammenhang mit der verschwundenen Korrespondenz des Grafen
Eberhard aus dem Jahre 1929. Auch das harnackische Schweigen
des verstorbenen Erbgrafen läßt den Schluß nahelegen, daß Graf
Christian Friedrich irgendwelche Personen decken will und deshalb
alles abstreitet.

Gestern vormittag hatte der Rechtsbeistand des Grafen
Christian, Rechtsanwalt Dr. Ruche, in Gegenwart des Unter-
suchungsrichters Thomas eine einstündige Unterredung mit dem Ver-
hafteten im Untersuchungsgefängnis. Der Angeklagte hat hierbei
einen ziemlich sicheren Eindruck gemacht. Im Interesse der weiteren
Vernehmungen kann über das Gespräch amtlich nichts bekannt
gegeben werden.

Da gegen die Tätigkeit der Landjäger bei der ersten
Klärung in Jannomitz gewisse Vorwürfe erhoben worden sind, ist
damit zu rechnen, daß die Landeskriminalpolizei in die Richtung
Stellung nehmen wird. Die Landeskriminalpolizei ist der Ansicht,
daß der Landjäger, dem man eine Verabredung der Angelegenheit
durch eine Unterlassung der telegraphischen Benachrichtigung der
Briegnitzer Kriminalpolizei nach in der Nacht vorwirft, richtig
gehandelt hat.

Schiebungen auf einem Berliner Finanzamt.

Die Vorgänge auf einem Berliner Finanzamt, derenwegen das
Schöffengericht Berlin, Mitte im vorigen Jahre 20 Leute in
300 Fällen verurteilt hatte, beschäftigte wieder daselbe
Gericht. Im Finanzamt Mühlberg arbeitete der Angestellte Leo
Wachmann in einem Bureau, das inzwischen arbeitslos gemor-
denen Leuten die geschuldeten Lohnsteuern auf entsprechende
Anträge rückertattet. Die Leute mußten schriftlich oder persön-
lich ihre Steuerarten auf dem Finanzamt abgeben. Wegen der
Dringlichkeit der Anträge war die Abfertigung oft so schnell, daß
die wichtigsten Sicherheitsmaßnahmen außer acht
gelassen wurden. So kam Wachmann auf die Idee, sich Steuer-
arten von Antropoliten anzueignen. Er füllte dann gemeinsam
mit dem zweiten Antropoliten Paul Günther die Erstattungs-
anträge und auch Arbeitsbescheinigungen und ließ Günther mit
diesen gefälschten Dokumenten zu sich aufs Bureau kommen, bear-
beitete dann als Beamter die Sachen und brachte sie in den Ge-
schäftsraum. Das ausgesparte Geld teilten sich die beiden An-
geschlagen. In der Verhandlung waren beide geständig, nur gab
Günther eine weit größere Anzahl von Fällen an, als Wachmann,
der nur fünf Betrügereien eingestand. Der Staatsanwalt bean-
tragte wegen Amtverbrechen eine Justizhausstrafe, das Gericht ge-
währte aber den Angeklagten mildernde Umstände, da die Betrüge-

rien ihnen auf dem Finanzamt durch die mangelnde Kon-
trolle zu leicht gemacht worden waren. Wachmann wurde wegen
fortgesetzten Betruges und Unterdrückung amtlicher Urkunden zu
1 Jahr 2 Monaten, und Günther zu 10 Monaten Gefängnis ver-
urteilt.

Der „Reiniger“ vor Gericht.

1000 Mark Ordnungsstrafe gegen Drehsollen-Lesche.

Der Reformmann Drehsollen-Lesche hat es fertig gebracht, mit
seinem Reichsverband zur Bekämpfung der Warenhäuser zwar nicht
die Warenhäuser und Konsumvereine dem Erdboden gleich zu
machen, wohl aber das Arbeitsgericht Berlin auf den Kopf zu stellen.
Von den rund 200 Klagen, die gegen den Präsidenten dieses
Reichsverbandes von ehemaligen Kassierern und Arbeiterinnen auf
Rückzahlung der einbehaltenen Kautions von je 500 Mark ange-
strengt waren, sollten kürzlich nicht weniger als 49 als erste Rate
verhandelt werden. Es war ein Massenaufgebot von Klägern und
Zeugen. Das Arbeitsgericht Berlin hatte sein Aussehen völlig ver-
ändert. Im großen Sitzungssaal waren mehrere Reihen von Bänken
aufgestellt, zwei Wachtmeister waren in Tätigkeit, um die Ruhe auf-
recht zu erhalten und Dutzende von angehenden Angehörigen des
„Reinigers des Wirtschaftslebens“ standen im Korridor und ver-
suchten vergeblich in den Sitzungssaal einzudringen.

Herr Drehsollen-Lesche hatte es vorgezogen, nicht persönlich
zu erscheinen, sondern einen Vertreter entsandt, der erst einige Tage
in seinem Reichsverbandsbetrieb tätig ist. Vielleicht handelt es sich
um denselben Vertreter seiner Interessen, den Lesche durch ein
Inferat „Jurist gesucht, der Haare auf den Zähnen
hat“ für sich zu gewinnen verstanden hat. Aber dieser Jurist mit
Haaren auf den Zähnen mußte sich von dem Vorsitzenden des
Arbeitsgerichts in höchst unbehaglicher Weise ausfragen lassen.
Es half ihm nichts, daß er gegen diese „indirekten Fragen“ mit
Händen und Füßen protestierte — dank dem Vorsitzenden wurde
das Dunkel allmählich gelichtet, das um den Präsidenten des Reichs-
verbandes zur Bekämpfung der Warenhäuser schwebt. Lesche hat
zwar den von ihm angestellten Kassierern die Kautionen abge-
nommen, zu tun hatten sie aber nichts, und wenn sie sich weigerten,
auf Mitgliederertrag auszugehen, wurden sie gedrückt und hinaus-
geworfen. Seine Kautions sah aber keiner der Angestellten wieder.
Nach Klarstellung all dieser Verhältnisse verurteilte das Arbeits-
gericht Herrn „Präsidenten“ Lesche in weiteren fünf Fällen
zur Rückzahlung der Kautions. In der letzten Verhandlung
war Lesche wieder persönlich geladen, aber nicht erschienen.
Der Vorsitzende verhängte gegen ihn eine Ordnungsstrafe
von 1000 Mark. Erst beim vierten Fall geruhete Drehsollen-
Lesche zu erscheinen. Soweit die Klagen der Angestellten sich gegen
den Reichsverband zur Bekämpfung der Warenhäuser richteten,
machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der Reichsverband
entgegen allen Antündigungen seines Begründers und Präsidenten
nicht in das Vereinsregister eingetragen sei. Der Vorsitzende be-
zeichnete Drehsollen-Lesche gegenüber dieses Vorgehen als „eine
wissenschaftliche Irreführung des Gerichts und der Öffentlichkeit“.

Im Laufe der Verhandlungen gab Lesche dann eine eides-
stattliche Versicherung ab, daß er ein Vermögen von 250.000 Mark
habe. Er gab aber auch zu, daß er noch recht beträchtliche Miet-
schulden hätte. Auf Grund dieser eidesstattlichen Versicherung
wurden dann in mehreren Fällen die von den Klägern erwirkten
Arreste aufgehoben. In allen am Mittwoch entstehenden 42 Fällen
wurden Urteile gefällt.

Für die notleidenden Musiker.

Zugunsten der notleidenden, im Deutschen Musikerverband or-
ganisierten Musiker veranstalten die Orchester der drei Ber-
liner Opern in Gemeinschaft mit dem Funk- und dem
Sinfonie-Bläser-Orchester am Sonntag, dem 24. März, in der
Städtischen Oper Charlottenburg ein Wohltätigkeitskonzert. Ge-
spielt werden die Sinfonie pathétique von Tschaiowski, Motans
Abschied, gefungen von Kammerjänger Rohde-Münch und der
Feuerzauber von Wagner und schließlich Tod und Bestrafung von
Richard Strauß. Die Gesamtleitung hat Generalmusikdirektor Prof.
Walter. Alle Mitwirkenden haben sich uneigennützig
zur Verfügung gestellt. Das Konzert beginnt um 11½ Uhr.

Jetzt gibt es
Pixavon
die wundervolle goldklare Haarwuschseife
für jedes Haar, auch als Shampoo
für 30 Pfennig

Volkswirtschaftliche Kaufmannschaft

Zum ersten Abschluß der Preußenkasse unter der Leitung Kleppers.

Der erste Jahresbericht der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse unter der Leitung des neuen Präsidenten Dr. Klepper liegt vor. Für die Beobachter der Preußenkasse konnte dieser Bericht nichts Entscheidendes bringen; denn die für die genossenschaftliche Kreditpolitik wesentlichen Ziffern sind von der Preußenkasse bereits für den 28. Februar 1929 bekannt gegeben, also zwei Monate nach Bilanzabluß. Eigentlich neu ist nur die Gewinn- und Verlustrechnung, die aber wiederum für die agrarische Finanzpolitik nicht viel bedeutet. Die ausgewiesenen Einnahmen sind von 9,64 auf 10,03 Millionen erhöht, wobei die Verwaltungskosten von 4,87 auf 5,64 Millionen gestiegen sind und neben Abschreibungen von 200 000 Mark und Ruhegehaltsrückstellungen von 835 000 M. der Hauptpost mit 3,0 Millionen — im Vorjahr ebensolche — zur Stärkung der Reserven verwendet wird. Die Erhöhung der Geschäftskosten um rund 800 000 M. ergibt sich in der Hauptkategorie aus der Erhöhung der Beamteneinkünfte und dann aus den Kosten der von der Preußenkasse neu eingerichteten Betriebskontrollen und Revisions- und Treuhänderorganisation. Man wird diese Vermehrung der Geschäftskosten produktiv nennen dürfen.

Resultate der Preußenkassenarbeit für die Landwirtschaft.

Bleibt die berichtsmäßige Feststellung, was die Preußenkasse in dem einen Klepperschen Jahr als Bank und für die Landwirtschaft geleistet hat. Als wichtigstes dazu die folgende Tabelle:

Kredite an	eingedrückt		benutzt	
	Ende 1927	Ende 1928	Ende 1927	Ende 1928
Ländl. Gen. östl. der Elbe	289,7	296,8	314,4	354,7
Ländl. Gen. westl. der Elbe	419,3	457,6	470,1	486,0
Zusammen	709,0	754,4	784,5	840,7
Gewerbl. Genossenschaften	74,0	74,1	77,2	68,5
Konsumgenossenschaften	21,6	21,6	21,6	1,7
Def. rechtl. Anst. u. Sparf.	50,9	34,2	32,0	17,7
Sonstige Kunden	15,5	20,2	22,9	12,9
Insgesamt	871,0	904,3	936,2	941,5

Ende 1927 war die Preußenkasse als Ergebnis der Semperischen Leitung und einer falschen Agrarpolitik bankmäßig völlig festgefahren und selbst hilflosbedürftig; das ganze landwirtschaftliche Genossenschaftswesen war im Grunde zahlungsunfähig und stützungsbedürftig. Ende 1928, nach einem Jahre neuer Preußenkassenarbeit, noch stärker aber Ende Februar 1929, ist das Bild vollkommen gewandelt. Die von den ländlichen Genossenschaften in Anspruch genommenen Kredite sind von 840,7 auf 674,5 bzw. 629,3 Millionen zurückgegangen. Dabei wurden in der gleichen Zeit die bereitgehaltenen Kredite von 709,0 auf 754,4 bzw. 784,5 Millionen erhöht. Aus starken Kreditüberziehungen, die die Genossenschaften und die Preußenkasse vollständig immobil gemacht hatten, waren noch nicht voll ausgenützte Kreditmöglichkeiten geworden; und das sogar für den Durchschnitt der ländlichen Genossenschaften östlich der Elbe, die Ende Februar dieses Jahres zum erstenmal rund 11 Millionen noch nicht ausgenützte Kredite erlangen lassen. Das freilich mit hartem Zwang und unter viel Wehklagen der Genossenschaften mit Erfolg durchgeführte Floitmachen des Genossenschaftswesens ist in diesen Ziffern umschlossen.

Aber auch der hoffnungslosen finanziellen Bewegungsunfähigkeit von Ende 1927 ist eine Floitmachung der Preußenkasse selbst gefolgt, die ihrer Leitung die freie bankmäßige und agrarfinanzielle Entscheidung zurückgegeben hat. Ende 1927 hand die Preußenkasse mit rund 361 Millionen Wechselbörsgeld bei der Reichsbank in der Kasse. Ende 1928 waren es nur noch 131 Millionen. Bei Abfassung des Berichts, d. h. vor dem inzwischen bekanntgewordenen 100-Millionen-Kredit an die Reichskasse, waren es nur noch knapp 50 Millionen. Auf der anderen Seite sind die Wechselforderungen der Preußenkasse überhaupt im Laufe des Jahres von 678 auf 480 Millionen zurückgegangen. Zugleich sind die der Preußenkasse anvertrauten fremden Gelder (Kundenguthaben und Einlagen) von 63 auf 180 Millionen gestiegen, wovon 155 gegen Kündigung, d. h. längerfristig, zur Verfügung stehen.

Dazu gehört, daß die Güte der Forderungen der Preußenkasse durch die öffentliche Ausbedingung der trischnhaften Verschuldungsherde der Landwirtschaft mit den den Großagrariern höchst unwillkommenen Denkschriften in diesem Jahre — eine „literarische Renaissance“ nannte Klepper die Wirkung der Denkschriften beim befristeten Grundbesitz — gewonnen hat.

Die Aufnahmeorganisation. — Größere Publizität.

Das ist der gewaltige Erfolg eines einzigen Jahres unter dem neuen Präsidenten. Allerdings ist bestimmt zu sagen, der Erfolg ist zunächst nur relativ; dem Verfall des in weitere Verschuldung, dem Zinsmarasmus bei den Landwirten, der Kosten- und Verlusthäufung bei den Genossenschaften ist ein Ende gemacht. Aber die Organisation eines beweglichen und widerstandsfähigen Gütermarktes, der in den Krisengebieten ohne Gefährdung der Kreditobjekte den Wechsel der gefährdeten Güter vom schlechten zum besseren Markt sichern muß, sie fehlt noch. Dr. Klepper versichert aber, daß, wenn auch die in seiner vertraulichen, deshalb so schnell bekanntgewordenen Denkschrift vorgeschlagene Aufnahmeorganisation jetzt in einer anderen Form kommen werde, sie doch in einer besseren Form zu erwarten sei. Hoffentlich geschieht das bald.

Der klare Erfolg der neuen Preußenkassenarbeit ermöglichte die Erweiterung der Publizität als sich von selbst empfehlende Konsequenz. Die Forderungen sind in der neuen Bilanz bei allen Kreditnehmern nach Buchforderungen und Wechselforderungen geschieden, woraus die Deffektivität in der Zukunft sich ein besseres Urteil über die Sicherheit der Forderungen bilden kann.

Einheit und Selbstverantwortung der Genossenschaften.

Folgendes ist das Wesen der agrarfinanziellen Arbeit der Preußenkasse unter der neuen Leitung: unter Ausmerzung des unfähigen, unter Schöpfung und Förderung des fähigen Landwirts will die Preußenkasse das Instrument der von den Landwirten selbst geschaffenen Genossenschaften einheitlich zur Verfügung haben und zwar zu dem Zweck, die Genossenschaften gesund zu machen, ihre Kosten zu senken und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, um durch die Verteilung des Risikofaktors auf längere Zeit und seine Begrenzung auf möglichst enge Gebiete die genossenschaftliche Haltung der Bauern nicht zum Ruin aller Bauern und aller Genossenschaften werden zu lassen. Rationalisierung und Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens ergibt sich schon daraus als gebieterische Konsequenz.

Das dazu getan werden konnte, ist unter brutaler, aber notwendiger Anwendung der finanziellen Uebermacht der Preußenkasse

mit Erfolg weitgehend durchgeführt. Es scheint sinnvoll, wenn Präsident Dr. Klepper heute die Personenfrage in der Leitung der Genossenschaften als Zweckmäßigkeitsfrage ansieht und seine Forderung scheint vernünftig, daß bei der Verwendung des 25-Millionenfonds aus dem landwirtschaftlichen Kreditprogramm der zwischen Rationalisierung und Verlustdeckung heute kein Unterschied mehr gemacht zu werden braucht, denn die Subvention von 25 Millionen dient heute nicht mehr der Fortsetzung der Schlamperlei, sondern dem Aufbau. Nur die eine, allerdings wichtige Einschränkung gilt, daß im Reich und in Preußen vom Gesetzgeber und der Staatsverwaltung der landwirtschaftlichen Schlamperlei durch unvernünftige Agrarpolitik nicht von neuem Vorschub geleistet wird.

Aus einer Bemerkung Kleppers ist zu schließen, daß er auf die äußerliche und rein repräsentative Einheit des Genossenschaftswesens keinen Wert legt. Er will eine Einheit, die eine wirtschaftspolitisch wirklich aktive Arbeit gewährleistet und die auch die ständige Kontrolle des genossenschaftlichen Arbeits- und Leistungseffektes sichert. Es wäre machtpolitisch verlockend für die Preußenkasse gewesen, Betriebskontrolle und Revisionsystem bei der Preußenkasse zu halten. Die Preußenkasse will sie aber aus eigenem Entschluß bei den Genossenschaften wissen. Selbstverwaltung soll erhöhte Selbstverantwortung und Selbstkontrolle sein.

Der volkswirtschaftliche Kaufmann Klepper.

Es wird niemand geben, der die Erfolge des neuen Präsidenten der Preußenkasse nicht anerkennt, selbst wenn er Klepper haßt. Uns aber ist die neue Preußenkassenarbeit und auch die Arbeit des neuen Präsidenten noch aus einem anderen Grunde wichtig. Klepper ist kein Marxist und kein Sozialdemokrat. Er käme sicher in Verlegenheit, wenn man ihn nach Karl Marx oder der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse befragen würde. Klepper ist aber der Repräsentant eines neuen Systems volkswirtschaftlich-kaufmännischer Politik, das für die Zukunft auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse wichtig ist. Er hat die neuen Erkenntnisse der Betriebs- und Kreditökonomie auf einen ganzen Gewerbe-

Kupferpreiskatastrophe — Metallprofite. Zwanzig Preiserhöhungen in sechs Monaten.

Die amerikanischen Kupferkönige beherrschen mehr als 90 Prozent sämtlicher Kupfervorräte in der Welt. Sie haben also freie Hand in der Ausbeutung aller der Länder und Industrien, die auf Kupferbezug angewiesen sind.

Die Entwicklung der Kupferpreise berechtigt dazu, von einer allgemeinen Kupferkatastrophe in der Welt zu sprechen. Mitte September setzten die Preissteigerungen ein, die zunächst den Kupferpreis je englisches Pfund auf 15 1/2 amerikanische Cents setzten und ihn bis zum Jahresende auf 16 1/2 Cents trieben. Die Entwicklung in den folgenden Monaten bis zum 21. März gestaltete sich wie folgt:

Januar	2 neue Preiserhöhungen bis 17 1/2 Cents
Februar	7 " " " " " " " " " " " "
März (bis 21. 3.)	8 " " " " " " " " " " " "

Auf deutsche Verhältnisse übertragen, bedeutet das eine Steigerung des Kupferpreises von rund 135 auf 219 Mark für je 100 Kilo Kupfer. Jedes Anziehen der Preisbremse um ein Viertel Cent bedeutet für Deutschland volkswirtschaftlich eine Mehrbelastung der Einfuhr um fünf Millionen Mark, so daß bei einer durchschnittlichen Einfuhr an Kupfer wie 1927/28 die deutsche Handelsbilanz wertmäßig mit 155 Millionen gegenüber der Zeit der Kupferhaufe mehrbelastet wird.

Welche phantastischen Profite die amerikanischen Kupferkönige aus den jetzigen Preisen ziehen, geht daraus hervor, daß ihre Selbstkosten mit 6 Cent je englisches Pfund nur wenig mehr als ein Viertel ihrer Erlöse betragen, so daß sie mit fast 300 Prozent Reingewinn rechnen können.

In der deutschen Metallindustrie haben aber nicht allein die wenigen Metallrohstoffunternehmen, wie der Mansfeld-Konzern, aus der beispiellosen Kupferhaufe hohe Sondergewinne geschlagen, sondern in fast gleichem Maße auch die metallverarbeitenden Werke, wie der Abschluß der Hirsch-Kupfer- und Messingwalzwerke in Berlin-Eberswalde zeigt. Waren die Werke schon 1927 bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, so konnte der Umsatz, der im Vorjahr von 30 auf 59 Millionen erhöht wurde, im letzten Jahre weiterhin auf 67 Millionen gesteigert werden. Der ausgewiesene Reingewinn ist mit 1,28 Millionen rund 50 Prozent höher als im letzten Jahre, obwohl für die Abschreibungen etwa 105 000 Mark mehr abgesetzt wurden als im Vorjahre. Dementsprechend wird auch die Dividende von 6 auf 9 Prozent heraufgesetzt. Hohe Reserven sind offenbar in den Vorräten enthalten, die mit 7,7 Millionen Mark nur wenig höher als im letzten Jahre ausgewiesen sind. Da im Geschäftsbericht erwähnt ist, daß die Kupferpreissteigerungen auf den Betrieb und die Erlöse durch rechtzeitige Deckungskäufe ohne Einfluß blieben, wird also der Hirsch-Kupferkonzern aus den inzwischen mehrfach erfolgten Preisaufläufen für Halbfabrikate ganz bedeutende Sondergewinne geschlagen haben. Die Gesamtleistung der Werke betrug 41 000 Tonnen.

Gute preußische Elektroarbeit.

Auch die Dividende von 4 auf 5 Prozent erhöht

In Deutschland geht die Ausdehnung der Elektrowirtschaft mit großen Schritten vorwärts. Die 1927 gegründete Preußische Elektrizitäts-A.G. hat im vergangenen Jahre, dem ersten vollen Geschäftsjahr seit der Gründung, ihren Anteil an der deutschen Elektrowirtschaft wahrscheinlich auch relativ nicht unerheblich erweitert. Die Stromabgabe aus den eigenen Betrieben und der Nordwestdeutschen Kraftwerke A.G. stieg von 425 auf 438 Millionen Kilowattstunden. Durch den unglücklichen Wasserstand nahm dabei die Wasserkraftenergie von 102 auf 88 Millionen Kilowattstunden ab, während die Braunkohlenkraftenergie von 106 auf 168 Millionen und die Steinkohlenkraftenergie von 76 auf 105 Millionen Kilowattstunden stieg. Erfreulich, daß diese Uebertragung nach Kraftquellen bekanntgegeben wird.

Starke Betriebserweiterungen im letzten Jahre und in der Zukunft kennzeichnen die Entwicklung. 45 000 Kilowatt Maschinenleistung kamen 1928 neu in Benutzung, neue 30 000 Kilowatt kamen 1929 allein im Kraftwerk Borken hinzu. Ein großes Bauprogramm, schon auf Vorrat genehmigt, liegt vor.

Diese Entwicklung erfordert viel Geld. Aus England wurden rund 24 Millionen, aus Amerika rund 16 Millionen Mark heringekommen. Das Kapital wird von 80 auf 100 Millionen

zweigt übertragen, so als ob dieser Gewerbebezweig, hier die Landwirtschaft, „ein einziger Betrieb“ wäre. Er hat es mitten in einer ungeheuer schweren Agrarkrise getan, als alle agrar- und kreditpolitischen Routiniers versagen und als eine jahrzehntalte, nur Verluste häufende, nicht Qualität fördernde Subventionspolitik zusammenbrach, als die Klepper freimütig die bisherige einseitige und schematische Schutzpolitik beizugehen. Klepper hat in erstaunlich kurzer Zeit bewiesen, daß die Anwendung der neuen Betriebs- und Kreditökonomie auf die Landwirtschaft so, als ob dieser Gewerbebezweig ein einziger Betrieb wäre, ungeheuer fruchtbare Möglichkeiten in sich schließt.

Der neue Präsident der Preußenkasse ist auch alles andere als ein Planwirtschaftler. Mit einer kreditpolitisch zwar planmäßigen, aber doch höchst individuellen finanziellen Lenkung der Landwirtschaft hat er den Gewerbebezweig im ganzen gefördert und auf den Weg der Gesundung gebracht. Präsident Klepper kann mit Recht feststellen, daß auch die heutige Agrarpolitik durch die neue Preußenkassenarbeit — natürlich auch umgekehrt — in neue sachliche Bahnen gekommen ist.

Aus diesem Vorgehen eines Mannes, der ein System repräsentiert, kann auch die Arbeiterschaft für ihre eigenen Ziele lernen. Der Sozialismus kommt nicht von selbst; man muß ihn machen. Man wird ihn sicher nicht anders machen können, als daß man die gesamte Volkswirtschaft als einen Betrieb ansieht, dem die wirtschaftliche und politische Verfassung, die Gesetzgebung, die Verwaltung und das Wirtschaften als Instrument und Mittel zu dienen haben, wobei das Ziel der volkswirtschaftlichen Betriebsführung allein das Wohl der arbeitenden Staatsbürger, nicht irgendeiner Wirtschaft als Selbstzweck, zu sein hat. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewiß auf dem Wege dazu, sich das für die Betriebsführung in der ganzen Volkswirtschaft erforderliche Sachverständnis anzueignen, und es ist sicher kein Zufall, daß die deutsche Sozialdemokratie die Arbeit der neuen Preußenkasse vom ersten Tage an gefördert hat und hat fördern müssen, obwohl Herr Klepper alles andere ist als Sozialdemokrat oder ein Interessent an den Zielen der Arbeiterklasse. Wie er seine Sache aber gemacht hat, als volkswirtschaftlicher Kaufmann, der einem ganzen Gewerbebezweig gewissermaßen als einem einheitlichen Betriebe aus seinem finanziellen Niederbruch zur Gesundung hilft, das ist ein Beispiel auch für die Art jener volkswirtschaftlich-kaufmännischen Arbeit, die die Arbeiterklasse und ihre Führer zu leisten haben, wenn der Sozialismus gemacht werden soll.

erhöht, so daß unter Berücksichtigung des Kurzes von 145 Prozent für die Kapitalerhöhungskassen aus Anleihen und Kapitalerhöhungen gut 65 Millionen zunächst für die Erweiterung zur Verfügung stehen.

Bilanz- und Gewinnrechnung sind naturgemäß stark verändert. Die ausgewiesenen Einnahmen sind von 6,41 auf 10,61 Millionen erhöht, Handlungskosten und Steuern von 0,44 auf 1,85 Millionen — davon 1,15 Millionen allein Steuern, was die Gegner der öffentlichen Wirtschaft beachten möchten — und es ergibt sich ein Reingewinn von 4,26 gegen 2,58 Millionen im Vorjahr. Daraus kommen an den preußischen Staat, dem Vollen Eigentümer der Preag, 5 Prozent auf das Kapital von 80 Millionen Mark. Die Abschreibungen werden um 4,11 (3,13 im Vorjahr) auf 17,81 Millionen gesteigert, bei einem von 36,4 auf 71,1 Millionen in der Bilanz erhöhten Wert der Anlagen. Die Erhöhung der Bilanzsumme von 111 auf 149 Millionen geht natürlich auch auf die Englandanleihe zurück — die Amerikanerleihe erfolgte 1929 erst — wobei die hohen Bankguthaben von 28,7 Millionen noch unverbrauchte Anleihereste darstellen. Man wird annehmen dürfen, daß die von 4,8 auf 12,1 Millionen erhöhten „Schulden“ der Preag auch einige Millionen stille Rückstellungen enthalten.

Erfreulich ist der von der Preag unternommene Versuch, im Einverständnis mit den kommunalen Verteilergesellschaften auf die Bewirtschaftung des Stromes bis zur Lampe und zum kleinen Motor zugunsten einer vernünftigen und auch billigen Tarifpolitik Einfluß zu nehmen. Kessel, Hammer und Wasserfalle sollen die Zentren der Gebiete sein, wo unter gegenseitiger Beteiligung der Erzeuger und Verteiler die sehr notwendige Rationalisierung durchgeführt wird.

Ueber den vom RWE. heraufbeschworenen Konflikt in der deutschen Elektrowirtschaft äußerte sich die Bewirtschaftung sehr zurückhaltend. Mit der Westdeutschen Elektrizitäts-A.G. bestanden vorläufig noch keine Differenzen und Gegenläufe. Verständigung zwischen A.G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft und dem RWE. sei möglich; doch sei jedes Wort darüber heute verfrüht. Wir glauben das auch.

115 Millionen Umsatz bei Bergmann.

53 Prozent Steigerung in 2 Jahren.

Der Aufschwung, den die Bergmann-Elektrizitätswerte in Berlin im letzten Jahre genommen haben, steht der kräftigen Entwicklung von Siemens und der AEG. nicht nach. Das Unternehmen, das eine Selegenschaft von etwa 13 000 Mann beschäftigt, konnte schon 1927 seinen Umsatz von 75 auf fast 100 Millionen steigern und hat ihn im letzten Jahre weiterhin auf 115 Millionen erhöht. In den beiden letzten Betriebsjahren konnte also der Umsatz um rund 53 Prozent erweitert werden.

Natürlich stehen die erzielten Gewinne hinter dieser Betriebsentwicklung nicht zurück. Der Rohgewinn stieg von 11,6 auf 12,2 Millionen Mark und übertrifft den Rohtrag von 1926 um mehr als 50 Prozent. Trotz bedeutend erhöhter Abschreibungen kann aus dem ausgewiesenen Reingewinn wieder eine Dividende von 9 Prozent gezahlt werden. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft ist noch nicht veröffentlicht.

Neue Pfandbriefe. Die Hannoverische Bodenkredit-Bank in Hildesheim legt vom 28. März bis zum 8. April 1929 2 Millionen Goldmark ihrer Prozentigen Goldpfandbriefe (derzeitiger Börsenkurs 98 Prozent) zum Vorzugszins von 9 1/2 Prozent und 2 Millionen Goldmark ihrer Prozentigen Gold-Kommunalschuldverschreibungen (derzeitiger Börsenkurs 95 Prozent) zum Vorzugszins von 9 1/2 Prozent zur öffentlichen Zeichnung auf.

Ford kommt auch nach Berlin, und zwar mit sämtlichen Leitern der europäischen Ford-Gesellschaften, die durch das Vorgehen von General Motors geschaffene Lage zu besprechen. Ford hat sich bereits nach Europa eingeschifft.

Serbien stabilisiert den Dinar. Das ist einer der Befehle, die das neue diplomatische Kabinett von Jugoslawien erteilt hat. Zur Sicherstellung des Dinars soll die Goldwährung eingeführt werden. Hundert Dinar, früher 81 Mark, entsprechen seit längerer Zeit dem Wert von etwa 7,40 M.

Amol hilft bei Rheuma, Gicht, Herzschwäche, Nerven- und Erkältungskrankheiten. — Darmmittelgehalt Amol ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Heinrich Koleh: Der Jubilar

Wochen und Monate hindurch hatte er sich insgeheim auf den Tag gefreut, an dem es volle fünfundsanzig Jahre sein werden, da er in diesem Betrieb zu arbeiten begonnen hatte. Dann wird man ihm zu Ehren eine Fester veranstalten, wie sie schon so manchem seiner Kollegen veranstaltet worden war, der vor ihm seine fünfundsanzig Jahre im Betrieb erreicht hatte. Unzähligmal hatte er in der letzten Zeit an diesen Tag gedacht und die Tage gezählt, die ihn noch von ihm trennten, am Abend vor dem Einschlafen und tagsüber bei der Arbeit, wenn er an seiner Hobelmaschine stand und die rauhen Bretter in das eiserne, breitgeschliffte Raul der Maschine schob, deren Gedrümme den weitläufigen Maschinenraum erfüllte und das Kreischen der vielen anderen Maschinen überbrüllte.

Und nun war der langersehnte Abend da! Franz Hasendörfl sah als Jubilar an dem blumengeschmückten Ehrenisch und neben ihm seine Frau. Und ihm gegenüber sah der Herr Direktor mit dem Betriebsleiter und dem Werkmeister, die ihn von Zeit zu Zeit ins Gespräch zogen. An den Nebentischen saßen seine Arbeitskollegen mit ihren Frauen und Angehörigen, und der Lärm ihrer fröhlichen Unterhaltung brannte durch den Saal, die Musik spielte, kurz, es war alles so, wie er sich's die ganze Zeit her im Geiste vorgestellt hatte. Aber es war dennoch anders! Er sah da, saugte verlegen an seiner Zigarre und hatte das Gefühl, als gehe ihn das alles gar nichts an und als sei er nur zufällig von der Straße hier hereingekommen. Es war ihm gar nicht so freudig zumute, wie er sich's immer vorgestellt hatte.

Als darauf hast du dich immer so gefreut, dachte er ein ums anderemal bei sich. Die Musik begann wieder zu spielen, aber er hörte nicht sie, sondern das dumpfe Summen der Hobelmaschine, und während er unverwandt auf den mächtigen Blumenstrauß blickte, der auf dem Tische vor ihm aus der Vase ragte, sah er das breitgeschliffte Eisenmaul der Maschine vor sich...

Und wie ein Traum ging alles an ihm vorüber, was er während der fünfundsanzig Jahre erlebt hatte. Es war viel, aber doch eigentlich wenig gewesen. Einen Tag um den anderen, Woche für Woche, jahraus jahrein hatte er an der Maschine gestanden und ihr die rauhen Bretter zugerichtet; im Frühjahr, wenn draußen die Natur zu neuem Leben erwacht war und die Frühlingssonne für einige Stunden das gitterartige, vom Holzstaub fast undurchsichtig gewordene Fenster neben ihm beschien, an dem sich von Zeit zu Zeit die Vögel für einen Augenblick niederließen, deren Gewitzsch er nur ahnen konnte, weil es im Lärmen der Maschinen erstarb; im Sommer, wenn nach schwülen Tagen ein Gewitter die Natur in Aufruhr versetzte, sah er nur das Zucken der sahnen Blitze. Das Rollen des Donners ging im Brüllen der Maschinen unter, wie so vieles im Laufe dieser Jahre untergegangen war, was Franz Hasendörfl mit Freud und Leid erfüllt. Und er wunderte sich nun darüber, wie schnell doch eigentlich diese fünfundsanzig Jahre verfliegen sind, obwohl ihm die Tage, ja die Stunden im Maschinenraum oft wie Ewigkeiten vorgekommen waren. Besonders an jenen Tagen, in denen sich ein Unglück ereignet hatte, wie damals, vor sieben Jahren, als kurz vor dem Feierabend das Sägeband der Bandsäge gerissen war und trotz der Schutzvorrichtung dem Moler die rechte Hand und auch das Gesicht jämmerlich zugerichtet hatte. Wenige Tage hernach war der Gruber an der Kreisäge ausgerutscht und geriet mit der rechten Hand in die gefährlichen Zähne hinein. Es war gerade an einem Samstag gewesen und er, Hasendörfl, hatte es übernommen, der Frau des verunglückten Kollegen den Wochenlohn ihres Mannes und die traurige Botschaft von dem Unglück, das ihn betroffen, zu überbringen... Und die Kollegen, die an der Fräsmaschine ihre gefährliche Arbeit verrichten, haben keiner mehr fünf Finger an jeder Hand. Viele hatten die Maschinen schon gefressen... Dem Huber fragte sie erst vor drei Monaten gleich

drei Finger von der rechten Hand auf einmal weg, so daß er nur noch den Daumen und den kleinen Finger an dieser Hand hat und mit ihr wie mit einer Zange zugreift. Und ihm selber war es vor drei Jahren passiert, daß die Hobelmaschine ein Eisenbrett mit solcher Wucht zurückschleuderte und er schwer getroffen niedergefallen war und dann sechs Wochen im Krankenhaus liegen mußte...

Ein sanfter Rippenstoß, den er von seiner Frau bekam, schauerte ihn aus seinen Gedanken auf. Der Herr Direktor hatte sich erhoben und hielt eine Ansprache, in welcher er die Pflichttreue und den Arbeitseifer des Jubilars lobte, ihn beglückwünschte und als Zeichen der Anerkennung ihm im Auftrage der Firma eine goldene Uhr samt Kette überreichte.

Der Jubilar sitzt da, fühlt, daß jetzt die Augen aller auf ihn gerichtet sind und saugt verlegen an seiner Zigarre. Dann nimmt er mit einer schweren Handbewegung, als würde er ein schweres Brett vom Holzstoß herunterholen, die Uhr aus den Händen des Direktors. Und dann hält ein Arbeitskollege eine kurze Ansprache und überreicht dem Jubilar einen Ring, den ihm die Kollegen gewidmet haben, die ihm nun auch alles Gute wünschen. Mit unbeholfenen Worten dankt Hasendörfl dem Direktor und der Firma sowie seinen Kollegen für die Ehre, die sie ihm erwiesen haben, und für die überreichen Geschenke. Als er sich wieder setzt, fühlt er, daß er seine Sache nicht besonders gut gemacht hat. Er hatte sich die Dankesworte, die er hatte sagen wollen, schon lange vorher gut eingeübt. Aber das, was er gesagt hatte, war etwas ganz anderes gewesen. Nun schaut er auf die Geschenke und magt nicht, um sich zu blicken, weil er sich beim Reden so ungeschickt benommen hatte. Aber die anderen nehmen keinen Anstoß daran, weil sie denken, er sei eben sehr bewegt gewesen. Und während die Musik einsetzt, kommt der eine oder andere seiner Arbeitskollegen, um dem Jubilar die Hand zu reichen und zu gratulieren.

Musik und fröhlicher Lärm erfüllen den Saal. In einer Ecke tanzen einige junge Paare. Der Jubilar sitzt einsilbig da, trinkt von Zeit zu Zeit einen Schluck, raucht an der Zigarre und fühlt nur eins: Enttäuschung!

Der Herr Direktor verabschiedet sich und mit ihm zugleich auch der Betriebsleiter. Und eine Stunde später ist das Fest zu Ende, Hasendörfls Ehrenabend ist vorbei! Die Kollegen verabschieden sich von ihm und versichern ihm, daß es sehr schön gewesen ist. Hasendörfl lächelt und dankt, reicht ihnen die Hand und sagt ihnen „Gute Nacht!“. Einige von den Kollegen, die ein Stück denselben Weg zu gehen haben, begleiten ihn. Dann biegen sie ab. Der Jubilar und seine Frau sehen allein ihren Weg fort. Schweigend gehen sie nebeneinander dahin. Schließlich unterbricht die Frau das Schweigen: „Was ist denn mit dir heute los, daß du den ganzen Abend so wunderbar warst?“

Der Mann antwortet nicht. Daheim angekommen, beginnt er sich zu entkleiden und, nachdem er den Rock abgesetzt hat, zieht er den Ring vom Finger und die goldene Uhr aus der Tasche und legt beides auf den Tisch. Dann spricht er gepreßt: „Da, schau her, Kiste! Das ist alles, was ich mir mit meiner Arbeit die ganzen Jahre her erwirtschaftet habe. Und dabei kann ich noch von Glück reden, daß ich nicht arbeitslos war in diesen fünfundsanzig Jahren. Sonst hätte ich nicht einmal das! Und dabei ist der Ring gefesselt, die Uhr aber habe ich sehr überzählt, ja, sehr überzählt. So schaut das Arbeiterglück aus!“

Die Frau schweig, denn sie wußte nicht, was sie darauf hätte entgegnen sollen. Sie fühlte nur, daß ihr Mann recht hatte.

Am anderen Morgen stand Franz Hasendörfl wieder an der Hobelmaschine und schob ihr Brett um Brett in das breitgeschliffte Eisenmaul.

haupt die Wissenschaft pflegen müssen und wieder pflegen, weil sie die Sorte Milch darstellt, die wirtschaftlich noch bedeutender ist für uns als die Kuhmilch, obgleich die Kuhmilch wirtschaftlich fast doppelt so wichtig ist in unserem Lande wie die Kuhle und wichtiger als Eisen oder was wir sonst an führenden Werten uns anschauen. Denn wir stehen in einem ungleichen Kampf. Wir haben die Sonne nicht, von der die südlicheren Länder bei gleichem Fleiß unerhört viel reichlicher und bei gleichem Anspruch unerhört viel leichter leben als wir, und wir haben die Schätze unter der Erde nicht, wie die Amerikaner, und nicht die Kolonien, die von unseren Landesleuten bewohnt und bearbeitet sind, wie die Engländer. Wir müssen alles aus der Schulung unseres Verstandes holen und aus der wissenschaftlichen Entwicklung, in der wir glücklicherweise einen Vorsprung erworben haben und, wie ich hoffe, auch behalten wollen.

Europas größte Eisbrecher

Die große Zahl Handelschiffe, die in deutschen und dänischen Gewässern eingetroffen waren und sich zum Teil in gefährlicher Lage befanden, hatte Deutschland und Dänemark Anlaß gegeben, die Hilfe der größten Eisbrecher, die es gibt, in Anspruch zu nehmen. Dies sind die russischen „Kraffin“, „Venin“ und „Jermak“, sowie die finnischen „Sampo“ und „Jääkarhu“, von denen einige im Kieler Kanal und bei Rügen wirken.

In Europa machte Rußland den ersten Versuch mit Eisbrechern, um den Weg nach Kronstadt und Petersburg offenzuhalten, denn der finnische Meerbusen weist schwierige Eisverhältnisse auf. Auch Finnland mußte Eisbrecher beschaffen. Der erste finnische Eisbrecher stärkster Art war der „Sampo“, 1898 fertiggestellt. Mit ihm erprobte man ein neues System, indem das Schiff außer der Hauptschraube auch am Borderteil eine Schraube hat, die das Wasser unter dem Eis wegsaugt, so daß dessen Widerstandskraft geschwächt ist, wenn sich das Borderteil des „Sampo“ auf die Eisdecke schiebt. Dieses System ist schon seit langem auf den großen nordamerikanischen Binnenseen im Gebrauch, wo ebenso schwere Eisverhältnisse wie im finnischen Meerbusen herrschen, weshalb die mächtigen Dampfboote, die über die Seen Eisenbahnzüge befördern, als Eisbrecher gebaut wurden. Sie haben längst die Aufmerksamkeit der technischen Kreise erregt. „Sampo“ vermag drei bis vier Meter dickes Treibeis zu durchbrechen.

Besonderes Aufsehen erregte der russische Eisbrecher „Jermak“, der, 1899 nach den Plänen des Admirals Makarow gebaut, im Winter Kronstadt und Petersburg offenhalten und im Sommer den Schiffen auf dem Handelsweg durch das Eismeer zum Ob und Jenissei den Weg bahnen sollte. Ramentlich das Karische Meer kann ja mit seinen Eismassen schlimme Hindernisse bilden. „Jermak“ machte auch eine Fahrt nach Spitzbergen und drang tiefer ins Polareis ein, Eisfelder von vier Meter Dicke durchbrechend. Sehr erfolgreich war „Jermak“ im finnischen Meerbusen, wo er gleich bei der ersten Fahrt 82 Schiffe aus dem Eise befreite.

Rußlands größter und stärkster Eisbrecher ist der „Kraffin“, der im Jahre 1928 seine Leistungsfähigkeit im Norden von Spitzbergen gelegentlich der Nachforschungen nach den vermißten Abteilungen der Robilsek Expedition bewies. Im Jahre 1914 gebaut und von 10.000 Tonnen Größe, besitzt er riesige Maschinen. Mit seinem am Borderrande befindlichen Propeller hämmert er die Eisdecke in Stücke und zerbricht die Decke, indem er sich mit seinem gewaltigen Gewicht aufs Eis preßt. Nicht ganz so stark ist der „Venin“, zu gleicher Zeit wie „Kraffin“ gebaut und von etwa 6000 Tonnen. Maschine und Kessel nehmen fast die ganze Länge des Schiffes ein, und der Dampf wird in zehn Kesseln entwickelt. Von ungefähre gleicher Größe ist Finnlands neuester Eisbrecher „Jääkarhu“, vor zwei Jahren gebaut. Schon äußerlich gibt er mit seinen abgerundeten Formen zu erkennen, daß er nicht leicht zwischen den Eismassen festgeklemmt werden kann. Bei seiner längsten Hilfstätigkeit war der „Jääkarhu“ u. a. bei Rügen tätig. Uebrigens hat der strenge Winter, der in die Schiffsverkehrsverbindungen im Norden, besonders in den dänischen Wasserstraßen sowie im Dampfbootsverkehr zwischen Bornholm—Göteborg und Söndby—Trelleborg eine heillose Verwirrung brachte, verschiedenen nordischen Ländern Anlaß gegeben, die Anschaffung neuer, stärkerer Eisbrecher in Erwägung zu ziehen.

„Ueberfremdung“ der deutschen Literatur

Dem Deutschen ist von jeher ein besonderer Hang zum Fremden vorgeworfen worden, und auch in unserer Zeit tauchen wieder die Klagen auf, daß wir die eigenen Werte um der ausländischen willen vernachlässigen. Auf dem Gebiete der Literatur hat man das Ueberhandnehmen der Uebersetzungen bebauert, aber nach den statistischen Uebersichten über das Uebersetzungs Wesen, die Dr. August von Böwis of Renar im Buchhändler-Börseblatt veröffentlicht, treffen diese Vorwürfe nicht zu. Bei einem Vergleich der Uebersetzungen aus dem Deutschen und ins Deutsche für das Jahr 1927 ergibt sich, daß unsere Ausfuhrbilanz nur England, Frankreich, Dänemark und Norwegen gegenüber passiv ist, denn hier stehen allerdings 217 Uebersetzungen aus dem Deutschen 585 Uebersetzungen ins Deutsche gegenüber, doch sonst ist Deutschland der gebende Teil. Aus den anderen Ländern, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, wurden nur 388 Werke übertragen, während 1404 deutsche Bücher in die Sprachen dieser Länder überföhrt wurden. Im ganzen wurden 648 Werke mehr aus dem Deutschen als ins Deutsche überföhrt.

Am zahlreichsten sind die Uebersetzungen ins Deutsche aus der schönen Literatur, und zwar besonders aus dem Englischen und Französischen. Aber auch da zeigt sich, daß nur einige wenige fremde Schriftsteller bevorzugt werden; so erscheint bei London mit 22 Ausgaben, Shakespeare mit ebenfalls, R. L. Stevenson mit 20, Dickens mit 16, Edgar Wallace mit 15, Oscar Wilde mit 11, Shaw mit 9 Ausgaben. Von französischen Dichtern steht der Äliere Dumas mit 22 Ausgaben an der Spitze, es folgen Jola mit 21, Balzac mit 8, M. Deblanc mit 6, Romain Rolland, Raupassant und Colette mit je 5 Ausgaben. Die „Ueberfremdung“ im Jahre 1927 gipfelte also in den Werten kaum eines halben Duzends moderner ausländischer Schriftsteller; im ganzen aber überwiegen bei den Uebersetzungen die fremden Klassiker und Halbklassiker, deren Uebersetzung frei ist. Von den 5066 Uebersetzungen auf dem Gebiet der schönen Literatur waren nur 689 Uebersetzungen, also 13,6 Prozent. Unter den deutschen Uebersetzungen in fremde Sprachen steht Rußland an der Spitze, das hauptsächlich wissenschaftliche Werke übernimmt; an zweiter Stelle stehen Großbritannien und die Vereinigten Staaten; Japan, das den dritten Platz einnimmt, überföhrt neben staats- und sozialwissenschaftlichen Schriften hauptsächlich Werke der schönen Literatur. Das niederländisch-sächsische Sprachgebiet bevorzugt Belletristik und Italien philosophisch-pädagogische Literatur.

Fritz Haber: Landwirtschaft und Chemie

Von der „Vereinsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, die im Reichstag eine Sitzung abhielt, wurde über Forschungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft berichtet. Prof. Fritz Haber, der Direktor des Kaiserlichen Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie sprach über „Landwirtschaft und Chemie“.

Die Aufforderung hier zu sprechen verdanke ich dem Umstande — führte Professor Haber aus —, daß ich vor zwanzig Jahren ein Stück von der Arbeit getan habe, durch die sich in den letzten Jahrzehnten die Chemie der Landwirtschaft besonders nützlich gemacht hat. Mein Fach ist eine große Firma, eine Firma, die für den landwirtschaftlichen Konsumenten schöne Kleider macht, und auf mir sollen sie rasch im Vorübergehen zur Ausstellung kommen. Ich fürchte mich vor dem naheliegenden Mißverständnis, daß ein bißchen Unterstützung der Wissenschaft von Ihrer Seite eine neue Stickstoffindustrie als Ausfluß wissenschaftlicher Leistung erwarten läßt, und womöglich auf diese Weise die Rote befeuert, unter denen unsere Landwirtschaft leidet. Soweit mein Verständnis und meine Informationen reichen, kann diesen Rötten nur durch wirtschaftliche Maßnahmen geholfen werden, die letzten Endes darauf hinauskommen, daß wir unseren deutschen Landwirten alles in allem genommen für die Substanz unserer Nahrung im Jahre drei Milliarden Mark mehr bezahlen, als wenn wir die gesamte Substanz zu den heutigen Weltmarktpreisen draußen im Umstande kauften. Es scheint mir, daß man bei der unbeschreiblichen Bedeutung einer gedeihenden Landwirtschaft in unserem Vaterlande dem Versuch nicht wird ausweichen können, diese drei Milliarden aus dem Zwischenhandel herauszuziehen, um sie dem landwirtschaftlichen Erzeuger zuzuföhren. Aber, wenn man es versucht, so muß man sich klar sein, daß diese Milliarden letzten Endes eine Vorbefastung sind, die auf unserer Wirtschaft und speziell unserer industriellen Wirtschaft liegt, und man muß das tun, was irgend möglich ist, um diese Belastung zu erleichtern. Dazu mag es mancherlei organisatorische Möglichkeiten geben, die nicht in den Rahmen meiner Kenntnis fällt, aber sicher scheint mir, daß eine eindringlichere Pflege der Wissenschaft eine sehr nützliche Beihilfe ist.

Zwei Generationen lang ist die Intelligenz der Nation bedroht in Arbeitsstresse hineingegangen, die der Industrie angehören, und jetzt ist es Zeit, nachdrücklicher als bisher sie den landwirtschaftlichen Aufgaben zuzuföhren. Eine ganze Menge geschieht auf dem chemischen Gebiete von der Dünger-Industrie. Aber da sie Produzentin ist, so kann sie den Verdacht der Parteilichkeit nicht restlos von sich weisen, und das unparteiliche Urteil ist dringend der wissenschaftlichen Entwicklung bedürftig. Ich erinnere an die

statistischen Ernteergebnisse aus der Vorkriegszeit und aus der Nachkriegszeit und an die Irrtümer, die Römer darin nachgewiesen hat. Aber es ist doch übrig geblieben, daß unsere Ernten bestenfalls gerade an die Vorkriegsernten herankommen, und die Freunde des Chlorsalpeters haben den warnenden Finger des Propheten erhoben, um in diesem Sachverhalte den Zorn Gottes aufzuzeigen darüber, daß wir unseren Stickstoff machen und nicht mehr ihre chilenische Exportware benutzen. Ist das ein Stück Gotteswahrheit aus dem Munde der Importeure oder liegt es daran, daß es Folgen von selten Jahren und Folgen von mageren Jahren gibt, wie schon in der Bibel zu lesen, und daß diese klimatische Periode nach dem Kriege eine magere Zeiperiode war, die mit der vorangehenden gerechterweise nicht verglichen werden darf? Oder liegt es daran, daß wir der Säuerung des Bodens ungenügend durch Kalk entgegengewirkt haben und daß wir zu wenig Phosphorsäuren an vielen Stellen verwendet haben und in der Bodenbearbeitung durch Jahre hindurch dieses vernachlässigt haben? Wir haben heute ungefähr achtzehn Sorten von Stickstoffdüngern. Daß wir richtig beurteilen, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaße wir die eine oder andere Sorte nehmen, das ist eine Sache des wissenschaftlichen Urteils, die wir ebenso wenig der Fabrikwissenschaft überlassen können wie die vorangehende Frage. Wenn wir das Eine oder das Andere falsch machen, so erhöhen wir die Vorbefastung, die wir als Nation um der Landwirtschaft willen auf uns nehmen müssen, durch Ertragsminderung und bezahlen hundertfach, was wir an der wissenschaftlichen Ausgabe sparen. Ich will nicht von der Schädlingsbekämpfung reden und vom Weizen des Saatgetreides. Was ich aber noch streifen will, das sind die großen Fragen einer halbchemischen Landwirtschaft, über die wir mehr lernen sollten. Wenn wir Kraftfutter brauchen, so hängen wir von der Sonne ab und von den klimatischen Faktoren, aber wenn nur Holzsubstanz wachsen soll, sind wir frei. Nun kann man aus der Holzsubstanz Zucker machen, am besten und ergiebigsten nach einem Willkürlichen Verfahren, das man ins Große zu übersehen bemüht ist. Wenn wir aber den Zucker gemacht haben, können wir niedrige Organismen verwenden wie manche Hefenmassen, um daraus Emeiß zu machen.

Ist das rationell oder schiden wir besser Stickstoff ins Ausland, wo die Sojabohne wächst und holen im Austausch die Sojafutten herein? Solcher Fragen gibt es mehr, und sie verlangen Urteil, wissenschaftliches Urteil und Urteil industrieller und wissenschaftlicher, um des Glaubens und der Autorität willen, die unentbehrlich sind. Abschließend aber ist zu sagen, daß wir über-

